

## Ziel bleibt die Erhöhung der Opferrente auf monatlich 800 Euro

*Auf die Ankündigung einer nur geringen Erhöhung der Zuwendung regt sich in der VOS Unmut*

Die Empörung unter den SED-Opfern ist nach Bekanntwerden des Gesetzentwurfes zur Anpassung der Besonderen Zuwendung für ehemalige politische Häftlinge des Kommunismus weiterhin groß. Gleich nach Veröffentlichung der vorgesehenen Inflationsanpassung für nur ein Jahr sowie der Berichtserstattung in der Fg suchten einzelne Mitglieder, aber auch Landesverbände das Gespräch mit der Opferbeauftragten oder wandten sich in höflichen, allerdings klar formulierten Schreiben direkt an die Politiker. Antworten gab es bisher nur spärlich, zudem waren diese ausweichend.

Da mit der angekündigten Neufassung des gesamten Etatentwurfes für 2025 auch der Gesetzentwurf zur Opferrente überarbeitet werden könnte, heißt es vorerst abwarten. Möglicherweise sind die erhobenen Einwände berücksichtigt und wir kommen unserer Zielstellung näher. Von Interesse dürfte immerhin das Schreiben (nachstehend zu lesen) des Landesverbandes Sachsen-Anhalt an den zuständigen Mitarbeiter Kirschner des Bundesjustizministeriums sein. Dieses Schreiben, an dem auch der Bundesvorsitzende mitgewirkt hat, bezieht sich auf den Brief, der im vorigen Jahr an Bundeskanzler Scholz gesandt wurde und kein nennenswertes Ergebnis brachte.

**Bundesvorstand und Redakteur danken allen VOSlern, die sich um Verbesserungen bemüht haben.**

Sehr geehrter Herr Kirschner, die VOS in Sachsen-Anhalt e. V. hatte die Zielstellung für zukünftige

Rehabilitierungsmaßnahmen bereits im August 2023 in einem Brief an Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz mitgeteilt. Die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag, Frau Evelyn Zupke, stärkt in ihrer Pressemitteilung den Opfern den Rücken. Darin heißt es:

### Opferrente

„Eine Steigerung der Opferrente in 2025, fünf Jahre nach der letzten Erhöhung, um einen Betrag, der nur die Rentensteigerung des laufenden Jahres berücksichtigt, wird der aktuellen Lage gerade mit Blick auf die Entwicklung der Inflation der letzten Jahre und der prekären sozialen Situation vieler SED-Opfer nicht gerecht. Es darf den Opfern nicht zum Nachteil werden, dass das Gesetzgebungsverfahren erst drei Jahre nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrages zum Abschluss kommen wird. Ich wünsche mir, dass der Dynamisierung eine Erhöhung vorangestellt wird.“

Die Kameradinnen und Kameraden der VOS in Sachsen-Anhalt schließen sich dieser Forderung an. Es wäre ein Hohn und nach der erlittenen Haft ein weiteres Unrecht, gerade jenen, die einen hohen Anteil an der Wiedervereinigung des Landes haben, zu Gunsten der vermeintlichen Stärkung des Bundeshaushaltes eine spürbar bessere Opferrente zu verweigern. Wir als VOS in Sachsen-Anhalt e. V. for-

dern eine Erhöhung der Opferrente auf 800 Euro monatlich. Ausgehend von diesem Sockelbetrag sollte die von Ihnen angekündigte jährliche Dynamisierung erfolgen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Vererbbarkeit der Opferrente an die Partnerin beziehungsweise den Partner.

Die weitreichenden Folgen der Haft wirken nicht nur auf die Betroffenen selbst, sondern auch in ihre Familien hinein. Viele Frauen und Männer mussten, wenn ihre Partnerin oder Partner in Haft waren, die Familie allein versorgen. Sie waren Stigmatisierungen und Schikanen durch die Repressionsorgane der SED-Diktatur ausgesetzt. Viele Häftlinge waren nach ihrer Entlassung stark traumatisiert und ihre Erwerbsbiografien gebrochen. Auch davon waren die Partnerinnen und Partner unmittelbar betroffen. Aus Sicht der Beauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag bedürfen die Partnerinnen und Partner der ehemaligen politischen Gefangenen einer größeren gesellschaftlichen Anerkennung und einer Sicherung der finanziellen Verhältnisse. Wir könnten uns dazu folgende Variante vorstellen: Die oder der Hinterbliebene erhält 50 Prozent der Opferrente des rehabilitierten Partners oder der Partnerin.

Im Namen aller Opfer der SED-Diktatur und der ehemaligen politischen Häftlinge

*Dr. Carl-Gerhard Winter,  
Landesvors. VOS Sachsen-Anhalt*

Es ist das Jahr der 75er Jubiläen. Das Grundgesetz hat dieses stattliche Alter erreicht, die VOS steht kurz davor, die Nato ist in demselben Alter (der Fg-Redakteur in diesem Jahr ebenfalls), und im Oktober wäre auch die DDR ein dreiviertel Jahrhundert geworden. Zu unserer aller Genugtuung ist sie schon vor dreieinhalb Jahrzehnten aus der Staatengemeinschaft gelöscht worden. In den Köpfen mancher Menschen nimmt sie allerdings noch viel Raum ein, ihre Irrungen, ihre Denkstrukturen, ihre politischen Vorlieben wie auch die verlogenen Argumente, mit denen sie unbedarfte Bürgerinnen und Bürger für sich zu gewinnen suchte, finden selbst in Programmen neu gegründeter Parteien ihren Niederschlag. Die Gefahr, dass unsere wertvolle Demokratie Züge einer Diktatur bekommen könnte, ist nicht auszuschließen.

Was kann man dagegen tun? Ganz klar, wir müssen noch intensiver als bisher Aufklärungsarbeit leisten. In der VOS ist hierzu viel geschehen. Ich verweise auf die Zeitzeugen-Arbeit dieses Jahres. In Würzburg gab es ein Projekt, das die Verbindung von städtischen Schulen und dem Mainfrankentheater herstellte. „Das schweigende Klassenzimmer“ wurde zum Anlass genommen, Zeitzeugen aus NRW in die Schulen einzuladen, die authentische Erfahrungen aus der DDR-Diktatur an Schülerinnen und Schüler vermittelten. Eine gelungene Aktion. Es wäre sinnvoll und wünschenswert derartige Erfolgsgeschichten auf andere Städte zu übertragen. Die Zeitzeugen-Arbeit ist im Übrigen ein Weg, auf dem wir wieder sichtbarer in der Öffentlichkeit agieren können. Es ist sinnvoll, wenn wir dazu die Parteien – vielleicht auch deren Stiftungen – für uns gewinnen können, damit man uns als geschichtlich bedeutende Kraft wieder wahrnimmt. Die jüngst angekündigte minimale Erhöhung der Opferrente hat gezeigt, dass wir von einigen Parteien gerade noch als lästiges Anhängsel betrachtet werden. Es liegt auch an der gesellschaftlichen Situation: Seit der Wiedervereinigung werden keine DDR-Häftlinge freigekauft, und die, die damals freigekauft wurden, sind im fortge-

schrittenen Alter. Zudem sind viele verstorben, andere haben es aufgegeben, sich für bessere finanzielle Entschädigungen einzusetzen. Ich selbst stelle zuweilen die Frage, kann die Freiheitsglocke noch den wirksamen Beitrag leisten, den sie seit Ende der 1990er Jahre geleistet hat, als wir für die Einführung einer Besonderen Zuwendung gekämpft haben?

---

## Auf ein Wort des Redakteurs

---

Viele, die heute in der VOS aktiv sind, waren damals berufstätig und gehörten dem Verband noch nicht an. Wir haben in Gruppen und einzeln zahllose Gespräche mit Politikern und Medien geführt, die Freiheitsglocke hat ausführlich berichtet und immer wieder Einzelmeinungen und Schicksalsberichte der Mitglieder abgedruckt. An den Schilderungen der Haftschicksale hat sich gezeigt, was die Kameradinnen und Kameraden während der kommunistischen Gewaltherrschaft erlitten haben. Verhaftungen, psychische Folter, Deportationen, Zwangsadoptionen, Schüsse an der Mauer, Berufsverbote, Entlassungen, Bespitzelungen. Es hat den Verband geeint und zur wirklichen Gemeinschaft gemacht. Es hat sich in unseren Reihen ein kompakter Wille zur Erreichung unseres Zieles entwickelt, wir haben Geduld bewiesen. Und nicht zu vergessen sind die täglichen Demos vor dem Sitz von Bundespräsident Johannes Rau. Es ist in den Ausgaben der Freiheitsglocke dokumentiert. Ebenso wichtig, fast entscheidend war der Einsatz des Dresdner Abgeordneten Arnold Vaatz, der selbst inhaftiert war und unsere Forderungen offen vor dem Bundestag vertreten hat. Es hatte bis dahin mehrfach Angebote gegeben, denen zufolge eine gestaffelte Opferrente gewährt werden sollte. Voraussetzung war eine abgeleitete Haftdauer von drei Jahren. Dies war ein durchsichtiger Vorschlag, der den Schicksalen der Einzelnen nicht gerecht geworden wäre und der zur Klassifizierung der Opfer in schwere und leichtere Fälle geführt hätte. Mag sein, dass

manche, die davon profitiert hätten, einverstanden waren, was etwas fragwürdig war, da wir Verbesserungen für alle wollen. Es galt (und gilt) jedoch, dass man das von der Diktatur zugefügte Leid nicht in Jahren, Monaten oder Tagen messen kann. Genau genommen kann man es gar nicht bemessen. Es ist geschehen, es hat die Betroffenen zermürbt, zersetzt und sie stark im weiteren Leben beeinträchtigt. Vieles, was wir als Häftlinge davongetragen haben, ist nicht vermittelbar – keinem Gutachter, keinem Politiker und oft nicht den nächsten Angehörigen. Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, dass psychischen Schäden auch ohne Haft zustande gekommen sind. Die Maßnahmen des MfS waren derart perfide, dass sie im Zuge von Verfolgung und Zersetzung zu schweren Schäden führten. Ich halte es daher für richtig, dass derart Betroffene durch soziale Fonds finanziell unterstützt werden. Was uns ehemalige politische Häftlinge angeht, müssen wir darauf bestehen, eine wirksam höhere Opferrente zu erhalten. Der Landesverband der VOS aus Sachsen-Anhalt hat gemeinsam mit dem Bundesvorsitzenden noch einmal die 800 Euro gefordert, die für mich vor zwei Jahren Ausgangspunkt der Forderung nach einer Besserstellung waren. Wenn man diese Erhöhung auf die wenigen Berechtigten umrechnet und zugleich die Sterberate in Betracht zieht, ist die Belastung für den Haushalt gering. Ich tue es ungern, aber ich weise konkret auf die Zusage hin, die unseren Landwirten unter dem Druck von Traktoren-Aufmärschen und dreisten Straßenblockaden gemacht wurde. Es zeigt: Dort, wo Gruppen laut werden und das öffentliche Leben stören, reagieren die Politiker. Wir in der VOS haben keine Traktoren, wir sind auch nicht dreist. Wir haben hingegen das Verdienst, durch Mut und Opferbereitschaft stets die Teilung unseres Landes in Frage gestellt zu haben. Ich muss das hier nicht erneut erklären. Ich, wir alle haben es oft genug getan, wir werden es immer wieder tun, ob man uns danach fragt oder nicht.

*Bis zur nächsten Ausgabe  
Ihr/euer Alexander Richter-Kariger*

## AKTUELLES THEMA IN DIESER AUSGABE:

### *Bekommen die Opfer in einem geänderten Gesetzentwurf eine neue Chance?*

#### **Titelseite**

#### **Der Entwurf wird der aktuellen Lage der SED-Opfer nicht gerecht**

Das Schreiben der VOS Sachsen-Anhalt an das Bundesministerium für Justiz

#### **Redaktionsthema:**

#### **Wir können immer noch selbst einen wesentlichen Beitrag leisten**

Zeitzeugenarbeit und Opferrente im Zusammenhang für weitere Verbesserungen 2

#### **Die Kameradinnen und Kameraden der VOS sind zu vielen Gelegenheiten aktiv, sie bemühen sich zudem um Verbesserungen**

- Peter Hippe organisiert breit angelegte Gedenk-Veranstaltung mit Schulklassen und Bürgermeister in Düren /NRW
- Regina und Siegfried Keil sind gefragte Zeitzeugen bei einer Gedenkfeier in Koblenz (Rhl.-Pfalz)
- Wolfgang Lehmann absolviert als 95-Jähriger eine glanzvolle Zeitzeugenveranstaltung auf digitalem Weg
- Karl-Heinz Genath macht weitere Vorschläge zur Verbesserung der finanziellen Situation der ehemalige politischen Häftlinge
- Gedenken mit musikalischer Umrahmung zum 17. Juni in Zittau
- Straßenbenennung nach Maueropfer in Quedlinburg von VOS angeregt 4 – 8

#### **Von Heimerziehung und Missbrauch, von DDR-Überdruss und Fluchtversuch** VOS Sachsen kann mit dem Jubiläumsband über Haftschicksale aufwarten 9 – 11

#### **Von einigen der Porträtierten weiß man heute fast gar nicht mehr**

Stiftung aus Berlin eröffnet Ausstellung im Düsseldorfer Landtag 11

#### **Wo die Härtesten der Harten Sport und Geschichte verbinden**

Der Mauerweglauf zieht auch in diesem Jahr Läufer aus vielen Ländern an 12

#### **Für die, die ihn kannten, war er ein wertvoller und angenehmer Mensch**

Nachruf auf den jüngst verstorbenen Professor Bernd Faulenbach 12

#### **Er warnte vor den Kommunisten und blieb hart gegen sich selbst**

Ein spätes Porträt des konsequenten SPD-Politiker Kurt Schumacher 13 - 14

#### **Ein Abschied ohne jede Träne**

Vor 30 Jahren fuhr der Zug mit den letzten Sowjet-Soldaten nach Tscheljabinsk 15

#### **Hoheneck: Immer mehr Politiker begreifen, was hier geschehen ist**

Sogar Bundespräsident Steinmeier nimmt an der Ausstellungseröffnung teil.  
Bericht und Kurzkomentar 16

#### **Er mochte den Gerstensaft, die VOS und die Stadt Neubrandenburg**

Uwe Schmucker hat das Ringen um weitere Lebenszeit verloren. Ein Nachruf 16

#### **Machtlos und gedemütigt in der Haft**

Ein authentischer Rückblick 17

#### **Aufrüsten für den Frieden und gegen Putins Kriegsdrohungen**

Deutschland soll ab 2026 das Nato- Hauptquartier und neue Raketen bekommen 18

#### **Würzburg: Danke für dieses großartige Projekt und die Berichterstattung**

Was uns ehemalige Häftlinge mit Dietrich Garstka und dem Theater verbindet 18

#### **Buchenwald, Torgau, Neubrandenburg**

Es geht um die Betroffenen 19

**News, Termine, Impressum** 20

#### **Rubriken:**

|                              |              |
|------------------------------|--------------|
| Nachrufe                     | 6, 9, 13, 19 |
| Veranstaltungen, Aktivitäten | 4, 5, 6, 7   |
| Leserbriefe                  | 5, 15        |
| Suchanzeige, Gedicht         | 19           |
| Knastlexikon, Ausstellungen  | 8, 16        |

#### **Spendenbereitschaft lässt nach - leider**

Manfred Schulz, Fritz Schaarschmidt, Karl-Günter Wehling, Reinhard Golde, Thomas Herbert, Lothar Eckhardt, Reinhard Maier, Dr. Peter Heinrich, Dr. Georg Steinhagen, Emil Redlich, Gerd Wacker, Beate Rusch, Dr. Astrid Mania, Eckhard Mensebach, Herbert Thomas, Horst Lindemuth, Wolfgang Lehmann, Günter Hammer,

**Dank allen Spenderinnen und Spendern. Je stärker die Finanzen sind, um so stärker ist unser Verband**

#### **Eine wichtige Anmerkung!**

#### **Liebe Kameradinnen und Kameraden,**

wie im vorigen Absatz deutlich zu lesen, ist die Spendenbereitschaft für unseren Verband spürbar zurückgegangen. Dazu ist anzumerken, dass wegen der abnehmenden Zahl der Mitglieder die Finanzen nicht mehr so stabil wie in den Vorjahren bleiben können. Der Verband ist zunehmend auf Spenden angewiesen. Bundesvorstand und Redakteur, viele Einzelne kämpfen für eine höhere Opferrente, die allen Betroffenen zugutekommt. Wer, wenn nicht wir Diktatur-Opfer soll sich glaubhaft dafür einsetzen? Dieser Einsatz ist jedoch ebenso wenig umsonst wie die Nutzung unserer Bundesgeschäftsstelle oder die Freiheitsglocke.

Es ist also dringend erforderlich, den Verband finanziell zu stärken. Wir erinnern daran, dass nach Einführung der Opferrente mit damals 250 Euro viele von uns den ersten oder zweiten Betrag an die VOS spendeten. Es war der Dank für diesen unermüdlichen Einsatz, aber auch das Ziel, die VOS am Leben zu halten.

Haben wir dieses Ziel nicht weiterhin?

*Bundesvorsitzender, Redakteur*

# Düren: Von Jahr zu Jahr folgen mehr Engagierte dem Ruf der VOS

*Gedenken in der NRW-Stadt an die Opfer und Widerständler des Volksaufstandes vom Juni 1953*

Es ist seit inzwischen acht Jahren zu einer gewichtigen Tradition geworden: Das Gedenken an die Opfer und Helden des 17. Juni 1953 vor dem Gedenkstein der *Vereinigung der Opfer des Stalinismus* in der Bismarckstraße in der NRW-Stadt Düren in Sichtweite des Rurtal- und des St. Angela-Gymnasiums stattfinden zu lassen. An der vom VOS-Landesverband NRW wiederbelebten Gedenkveranstaltung nahmen im Jahr 2017 nur wenige Dürener Politiker sowie einige betroffene Kameraden unseres Opferverbandes teil. Doch von Jahr zu Jahr wurden es immer mehr, die dem Ruf der VOS, den Wegbereitern der deutschen Wiedervereinigung, folgeleisteten, die ihnen gebührende Ehre zu erweisen. Und in diesem Jahr waren es zur Freude der Organisatoren viele. Zwei zehnte Klassen des St. Angela- sowie des Stiftischen Gymnasiums der Stadt Düren, einer Stadt tief im Westen der Bundesrepublik und

somit weitab von der einstigen DDR, die am 16. November 1944 durch einen Luftangriff zu 99 Prozent zerstört worden war. Hinzu kamen Vertreter der im Stadtrat vertretenen Parteien mit Bürgermeister Frank-Peter Ullrich an der Spitze. Und natürlich waren die Kameraden aus unserem NRW-Opferverband, wobei Peter Hippe, Träger der Bürgermedaille der Stadt Düren und aktiver Ortsansässiger und stellvertretender VOS-Landesvorsitzender in NRW, trotz seiner Erkrankung noch immer an vorderster Front steht. Vor Beginn der Gedenkveranstaltung legten die Vertreter der VOS einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife zu Ehren der vom SED-Regime ermordeten und verfolgten Kämpfer für ein geeintes Deutschland am VOS-Gedenkstein ab. Daneben fand ein Kranz des Beauftragten der NRW-Landesregierung für Aussiedler, Spätaussiedler und Flüchtlinge, Heiko Hendriks in den grün-weißen Landesfarben einen ehrenden Platz. Nach einem durch-

aus kritischen Grußwort des Verfassers und VOS-Landesvorsitzenden NRW, insbesondere über die materielle Situation der Opfer des SED-Regimes – und dies 35 Jahre nach dem Mauerfall – richtete wie schon im vergangenen Jahr



Bürgermeister Frank Peter Ullrich das Wort an die Anwesenden. Er mahnte wie auch der VOS-Landesvorsitzende insbesondere die Jugendlichen, die Demokratie, verkörpert durch das nunmehr 75 Jahre geltende Grundgesetz, gegen links- und rechtsextreme Kräfte zu verteidigen. Im Anschluss schilderte Kamerad Peter Hippe seine persönlichen Erlebnisse als 11-Jähriger am Tag des Volksaufstandes in seiner Heimatstadt Halle/S. im heutigen Sachsen-Anhalt.

Hervorzuheben ist das großartige geschichtliche Engagement der jungen Menschen des Dürener Angela- und des Stiftischen Gymnasiums, die sich innerhalb der Veranstaltung in unterschiedlicher Weise mit den damaligen Ereignissen im Unrechtsstaat DDR auseinandersetzten und das Gedenken durch eine ansprechende Performance bereicherten: Sechs Schülerinnen des St. Angela-Gymnasiums schilderten zuerst in bewegenden Worten die wesentlichen historischen Geschehnisse des

Volksaufstandes vor 71 Jahren in Mitteldeutschland. Im Anschluss verlasen elf Oberschülerinnen des Stiftischen Gymnasiums gemeinsam mit ihrem Geschichtslehrer zuerst zwei tragische Einzelschicksale jenes Tages, der auf Grund des Terrors seitens der Staatssicherheit und der „zu Hilfe“ gerufenen Roten Armee für die Betroffenen der letzte war.

Einer der Betroffenen wurde in der Heimatstadt des Verfassers – dies ist Niesky in der Oberlausitz (Bundesland Sachsen) – ermordet. Niemand hat dort gewagt, bis zum Fall der Mauer im November 1989 darüber öffentlich zu sprechen.

Der Enkelsohn des Ermordeten ging auf das gleiche Gymnasium dieser Stadt, er war sogar in derselben Schulklassse wie der Verfasser dieses Beitrags, er durfte vom verübten Unrecht erst 60

Jahre später hier im tiefsten Westen durch die hiesigen Gymnasiasen erfahren. Er wurde inzwischen über diese nachträgliche und für ihn sicher unerwartete Würdigung seines Großvaters informiert.

Im Anschluss daran wurden die Namen der bisher bekannten 55 im Zusammenhang mit dem Volksaufstand ermordeten Märtyrer verlesen und deren Bildnisse am Gedenkstein (siehe Foto) ausgelegt.

Die Gedenkveranstaltung schloss traditionell mit unserer Nationalhymne.

Die VOS dankt dem Dürener Bürgermeister Frank Peter Ulrich, den teilnehmenden Vertretern des Stadtrates, dem Landesbeauftragten, dem Schulteam und vor allem den Jugendlichen für ihre engagierte Mitwirkung.

Nur dadurch konnte 71 Jahre nach der Niederschlagung des frühen Versuches, die deutsche Einheit herbeizuführen, diese denkwürdige Veranstaltung gelingen. Das macht Hoffnung.

*Felix Heinz Holtschke*

# Was damals geschah, spiegelt sich heute zunehmend in der Politik wider

*Gedenkfeier am 17. Juni in Koblenz stärkt uns mit dem Bekenntnis zu Demokratie und Freiheit*

Eine würdige Gedenkveranstaltung, die auf Initiative von Regina und Siegfried Keil am 17. Juni in Koblenz durchgeführt werden konnte, fand unter Teilnahme des CDU-Bundestagsangeordneten Josef Oster und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung sowie Elke Schlegel von der UOKG und weiteren Gästen statt. Regina und Siegfried Keil, die immer wieder an Gedenkveranstaltungen teilnehmen und als Zeitzeugen für Vorträge an Schulen zur Verfügung stehen, legten zu

langjährige Haftstrafen für tausende Bürgerinnen und Bürger, Verschärfung der Diktatur nach der Niederschlagung – lässt sich die Brutalität ermessen, an der in erheblichem Maße auch die Staatsorgane der DDR, vorweg die Volkspolizei, beteiligt waren.

Zu den Opfern gehörte auch Siegfried Keil, der heute in Rheinland-Pfalz in Bendorf lebt und der damals von der Stasi zu 18 Monaten Zwangsarbeit im Untertage-Bergbau verurteilt wurde. Von dieser Zeit und den *Erlebnissen* be-

zwei. Im Osten sogar ganz vorn. Deutschland ist politisch geteilt. Nun schulden die demokratischen Parteien es ihren Wählern, dass sie keine Anstrengung unterlassen, ein gemeinsames Agieren mit einer rechtsextremen Partei zu verhindern. Es geht um Rahmenbedingungen für Demokratie, Wohlstand und Sicherheit vor dem Hintergrund einer sich ständig verändernden Weltlage.“ Auch Josef Oster gab als Abgeordneter ein Bekenntnis zu den politischen Vorgängen von 1953 ab: „Der 17. Juni ist kein



Ehren der Opfer des Volksaufstandes vom Juni 1953 am Koblenzer Mahnmal, das den Namen *Mauersteine* trägt, im Auftrag der VOS gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Josef Oster Blumenbinde nieder.

Das Datum des Volksaufstandes jährte sich in diesem Juni zum 71. Mal. Bereits im Vorjahr gab es anlässlich dieses bedeutsamen historischen Ereignisses – es war sieben Jahrzehnte her – zahlreiche Großveranstaltungen, in denen auch prominente Politiker als Redner auftraten. Der Massenaufstand, für den seinerzeit mehr als eine Million Menschen in vielen Städten der DDR auf die Straße gegangen waren, ist ein bedeutsames Datum nicht nur in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Ohne das gewaltsame Eingreifen der Sowjets hätte sich bereits zu diesem Zeitpunkt die Einheit unseres Landes und eine Neuordnung des Kontinents angebahnt. Freiheit und Demokratie waren greifbar nahe. An den Folgen – mehr als 50 Todesopfer,

richtete Siegfried Keil eindringlich im Rahmen der Gedenkfeier. Er lieferte damit einen wichtigen Beitrag zur authentischen Erinnerung und für die Aufarbeitung.

Auch DDR-Zeitzeugin Elke Schlegel, Regionalbeauftragte der Union für Opferverbände Rheinland-Pfalz, wandte sich mit einer Rede an die Anwesenden: „Ich ziehe sehr deutliche Parallelen zur heutigen Zeit. Wir haben wieder Forderungen an die Regierung. Wir möchten in Sicherheit leben, ohne Messerangriffe, ohne Vergewaltigungen, wir möchten, dass sich Arbeit mehr lohnt als Bürgergeld, dass unsere Kinder in der Schule richtig rechnen und lesen lernen, dass endlich ein belastbarer Migrationsplan entworfen wird, der nicht länger überfordert wird und dass unsere Steuergelder im eigenen Land ausgegeben werden. In Deutschland hat die CDU und CSU die Wahl zu europäischen Parlament am vergangenen Sonntag deutlich gewonnen, die AfD landete vor der SPD auf Platz

beliebiger Tag und darf das auch nicht werden“, stellte er fest. „Die Erinnerung an die Opfer der Demokratie wird und wurde uns nicht geschenkt. Wir müssen für sie kämpfen und uns mit ganzem Herzen und voller Überzeugung für sie einsetzen.“ Dies ist keine beliebige Aussage.

*R. u. S. Keil / Fg*

Die VOS dankt Regina und Siegfried Keil, sie dankt auch der Stadt Koblenz, Herrn Oster und allen Anwesenden, dass diese Gedenkfeier ermöglicht wurde.

**Bitte beachten Sie auch die Informationen hierzu auf Seite 6**

## Einladung zur Lesung nach Budapest

Eine erfolgreiche Lesung aus ihren Büchern führte Marie Luise Knopp in Budapest auf Einladung der Konrad Adenauer Stiftung durch. Die Bücher und der Weg der Autorin wurden bereits ausführlich in der Fg vorgestellt. Bundesvorstand und Redakteur gratulieren zu dieser Auszeichnung. *BV / Fg*

## Wanderausstellung in Koblenz eröffnet

*Bundesbeauftragte vor Ort*

Passend zum Tag der Deutschen Einheit und dem in Koblenz stattfindenden Gedenken nahm auch die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag einen Termin wahr, um gemeinsam mit dem Präsidenten des Bundesarchivs Michael Hollmann am „Mahnmal Mauersteine“ einen Kranz zu Ehren der Opfer des Volksaufstandes vom Juni 1953 niederzulegen.



Am Abend des 18. Junis nahm Frau Zupke an der Eröffnung der Wanderausstellung „Alles wissen wollen. Die Stasi und ihre Dokumente“ teil und beantwortete auch Fragen zum Thema.

Die Wanderausstellung soll bis zum 6. September 2024 in Koblenz zu sehen sein. Es werden (jeweils von Montag bis Freitag von 9 bis 20 Uhr und samstags von 9 bis 13 Uhr) 21 Objekte aus dem Fundus des Stasi-Unterlagen-Archivs ausgestellt, die über „Schild und Schwert“ von der Entstehung bis zum Zusammenbruch gezeigt. Dabei geht es um die perfiden Methoden zur Verfolgung, Einschüchterung und Zersetzung der eigenen Bürgerinnen und Bürger.

Für den Folgetag hatte die Opferbeauftragte ein Gespräch angeboten, in dem Betroffene und Interessierte Fragen stellen und auch beratende Information bekommen konnten.

Das Bundesarchiv selbst steht ohnehin mit seinen Diensten und Angeboten zur Verfügung; nicht zuletzt kann man Anträge auf Akteneinsicht stellen. V. Bosse

## Zittau: Gedenken an den Volksaufstand

*Feierliche Kranzniederlegung*

Unsere Gedenkveranstaltung zum 71. Jahrestag des Volksaufstandes vom Juni 1953 fand auch in diesem Jahr vor der Stele auf dem Platz des 17. Juni statt.

Die Zahl der Teilnehmenden war erfreulich, zumal der Gedenktag auf einen Montag fiel. Neben den Kameradinnen und Kameraden unserer Bezirksgruppe konnten wir den Oberbürgermeister von Zittau sowie weitere Vertreter der örtlichen Politik und zahlreiche Gäste begrüßen.

In den Reden wurde auf die Ereignisse vor 71 Jahren hingewiesen und die Notwendigkeit der Stärkung unserer Demokratie angemahnt. Die Veranstaltung wurde durch feierliche musikalische Klänge umrahmt.

Im Gedenken an die Opfer und die historische Bedeutung des Aufstandes wurde an der Stele ein Blumengebinde abgelegt.

Die VOS dankt den Gästen und den offiziellen Vertretern der Stadt für die Teilnahme, insbesondere Herrn Oberbürgermeister Thomas Zenker. *Jürgen Kloß / Fg*

## Absolut authentisches Zeitdokument

*Video mit Wolfgang Lehmann*

Liebe Kameraden, vor drei Jahren bin ich über die VOS mit Uwe Bergmeier von der Uni MA in Verbindung gekommen. Er hat damals mit mir einen Kurzfilm über die Haft gemacht, der bei Youtube inzwischen fast 103.000-mal aufgerufen wurde und auch weiterhin bei vielen Interessierten gefragt ist. Ich würde mir wünschen, dass dieses Video auch von euch und euren Freunden und allen Angehörigen angeschaut wird. Es ist ein Zeitdokument von absoluter Authentizität und großer Bedeutung. Hier ist der Link: „Wolfgang Lehmann Rimbach, mit 16 im GULag“

Auch sonst versuche ich bei jeder Gelegenheit auf unsere Schicksale aufmerksam zu machen und dazu beizutragen, dass man die verstorbenen Kameraden nicht vergisst.

*Wolfgang Lehmann, 95 Jahre*

## Widerstände sind programmiert

*Erinnerung an Grenzopfer*

Die VOS Sachsen-Anhalt, unter Leitung von Dr. Winter, ist auch in diesem Jahr wieder mit der Ausstellung *An der Grenze erschossen* erfolgreich unterwegs. Nach Stolberg (Harz), Quedlinburg, Goslar ist die Ausstellung in diesem Jahr in Helmstedt zu sehen. Neben zwei Fachvorträgen (Grenzgeschichten, Verraten und Verkauft), wird die Ausstellung auch in den lokalen Medien positiv bewertet. Bei der feierlichen Eröffnung in Quedlinburg wurde auf Vorschlag der VOS Stadträtin Silvia Marschner ermutigt, eine Straße oder einen Platz in Quedlinburg nach einem Grenzopfer zu benennen. Der Vorschlag wurde dankend und mit großem Interesse entgegengenommen, kann jedoch nicht als Einzelentscheidung ausgeführt werden. Ebenso wurde der Geschäftsführerin Frau Ulrike Stumpf-Schilling vorgeschlagen, ein Zimmer in der KVHS nach einem Opfer Quedlinburg zu benennen. Vorgeschlagen wurde *Emanuel Holzhauher* (geb. am 12. Januar 1957 in Ost-Berlin, gest. am 2. Juli 1977) in der Nähe von Marienborn verstarb. Selbstverständlich wird es noch längere Zeit dauern bis letztendlich eine Entscheidung getroffen werden kann. Ebenso sind Widerstände vorprogrammiert.

Bei allen zu erwartenden politischen Argumenten ist die Gesellschaft und die Politik verpflichtet, die Namen der Grenzopfer für das kollektive Bewusstsein zu erhalten. Das sind wir ihnen schuldig.

*Michael Teupel*

**Die VOS trauert um**  
Unseren Kameraden

**Peter Schulz**

aus Greifswald, der im Alter von 86 Jahren von uns gegangen ist. In Gedanken und mit der Trauer sind wir bei seiner Frau und seinen Angehörigen.

Wir verabschieden ihn mit dem traditionellen Lied:

„Ich hatt' einen Kameraden, Einen bessern findst du nit.“

*André Rohloff,*  
*Bundesvorstand, Redakteur*

## Opferrente in zwei Schritten erhöhen

*Vor allem keine Zeit verlieren*

☒ Man könnte meinen, es tut sich was für die SED-Opfer, ein Aufbruch, aber längst kein Durchbruch. Zumindest scheint die Opferbeauftragte nahe dran zu sein. Sie hat Recht, wenn sie sich auf die Argumentation der VOS beruft und sagt, einem Inflationsausgleich muss eine deutliche Erhöhung der Opferrente vorausgehen. Den Vorschlag, der aus dem Justizministerium kommt, wonach erst 2025 Änderungen stattfinden würden, halte ich für indiskutabel. Hier ist keine Rede von einer höheren Opferrente, wie sie die den Realitäten entsprechen sollte, es soll vielmehr eine Anpassung an den Rentenerhöhung des Jahres 2025 kommen. Das ist kaltschnäuzig und schockierend. Geht man so mit verdienstvollen Bürgerinnen und Bürgern um? Ich, und da spreche ich für alle Betroffenen, fühle mich durch diese Vorlage zutiefst gekränkt. Die Bundesregierung schüttet an vielen Stellen Unmengen an Geld aus, und für uns, die wir nicht mehr wahrgenommen werden, bleibt ein Almosen.

Ich schlage vor, die Opferrente in zwei Schritten voranzubringen:

- Aufstockung auf 550 Euro im Monat, spätestens ab Januar 2025
- Übernahme des Inflationssatzes, ebenfalls ab Januar 2025

Noch wäre Zeit, noch sind die letzten ehemaligen politischen Häftlinge nicht von uns gegangen. Und jene, die noch am Leben sind, bedürfen einer regelmäßigen, angemessenen Unterstützung, die sie erhalten, ohne dass sie beim Sozialamt jedes Jahr einen Einkommensnachweis erbringen müssen.

Es eilt!

*Karl Heinz Genath (98 Jahre)*

Vorstand und Redakteur danken – mit allergrößtem Respekt – dem Verfasser des vorstehenden Leserbriefes. Die Kernforderung nach einer Erhöhung der Opferrente, bevor die Rate der Rentenerhöhung angewandt wird, ist somit klar ausgesprochen. Es geht um eine schnelle Umsetzung und zudem um die Vererbbarkeit.

## Keine Angst vor digitaler Herausforderung

*95-jähriger Zeitzeuge beeindruckt Schüler per Webkonferenz*

In einer bemerkenswerten Zeitzeugenveranstaltung am 28. Juni 2024 bewies der 95-jährige Wolfgang Lehmann aus Rimbach (Odenwald), dass ein höheres Alter und moderne Technik keine Gegensätze sein müssen. Mittels der Webkonferenzsoftware Alfaview teilte er seine eindrücklichen Lebenserfahrungen aus den Jahren 1944 bis 1950 mit den Schülerinnen und Schülern der 10. Klasse eines Pädagogikkurses an der Europaschule OSZ-Oder-Spree.

Die Idee zu diesem (keineswegs) außergewöhnlichen Zeitzeugengespräch kam von Ingolf Pötsch, einem engagierten Gedenkstättenpädagogen. Zusammen mit Wolfgang Lehmann meisterte er die Herausforderungen der modernen Technik und organisierte eine Veranstaltung, die bewies, dass digitale Kommunikation keine Altersgrenze kennt.

### **Lebensgroß und direkt aus dem Wohnzimmer hat er von den Erlebnissen berichtet.**

Dank gründlicher Vorbereitung und der benutzerfreundlichen Alfaview-Software konnte Wolfgang Lehmann, ohne den langen Weg von Odenwald nach Fürstenwalde antreten zu müssen, den Schülerinnen und Schülern direkt aus seinem Wohnzimmer heraus von seinen Erlebnissen berichten.

Die Veranstaltung war technisch so aufgebaut, dass Wolfgang Lehmann über eine Kamera und ein großes Promethean Activ Panel 9 per Bildschirm in Lebensgröße mit den Schülerinnen und Schülern interagieren konnte. Diese Anordnung ermöglichte eine Atmosphäre, die der einer physischen Anwesenheit in nichts nachstand.

Wolfgang Lehmanns Bericht umfasste die erschütternden Erfahrungen während des Zweiten Weltkrieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit. Er sprach über den Verlust seines Bruders und seines Vaters, die Bombenangriffe, seine Zeit beim Volksturm sowie seine Verhaftung und die Deportation nach Sibirien. Besonders bewegend waren seine Schilderungen

von Misshandlungen während der Verhaftung und das Leben im sowjetischen Speziallager Ketschendorf. Nach seinem ergreifenden Bericht hatten die Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit, individuelle Fragen zu stellen, die Wolfgang Lehmann geduldig beantwortete. Die Fragen drehten sich um die Themen Misshandlungen, das Leben im Lager, sein Studium in der DDR, die Flucht aus der DDR und sein Leben in der Bundesrepublik. Diese besondere Veranstaltung bot nicht nur einen tiefen Einblick in ein dunkles Kapitel der deutschen Geschichte, sondern zeigte auch, wie digitale Technologien Generationen verbinden und Bildung auf innovative Weise bereichern können.

Wolfgang Lehmann hat nicht nur als Zeitzeuge Geschichte lebendig gemacht, sondern auch als Technikpionier seiner Generation beeindruckt. *Ingolf Pötsch*

## Ins Blickfeld geraten

*Auch das gehört zu den Lebensbildern der Kameraden*

Wolfgang Lehmann ist nicht nur als Zeitzeuge tätig, er ist Familienmensch, Tierfreund und der leidenschaftliche Ur Großvater von sieben Urenkeln.



Das Foto (© Odenwälder Zeitung) zeigt ihn mit Herrn Bahlo vom Tierfreundeskreis und Urenkelin Marie bei der „Taufe“ eines Ponys. Dazu berichtete die lokale Zeitung.

## Abgang mit Getöse vom sinkenden Schiff

*Gesine Löttsch verzichtet – welch ein Hohn – nach mehr als zwei Jahrzehnten Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag freiwillig auf eine weitere Kandidatur*

In den Abendstunden des 20. Juni 2024 verkündete Gesine Löttsch, seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestags für die SED- Nachfolgepartei Die Linke, dass sie dem nächsten Bundestag, der im Herbst 2025 gewählt wird, nicht mehr angehören werde. Wie denn auch? Die kommunistische Schwundpartei Die Linke, der 2021 nur mit drei Direktmandaten (Gysi / Ostberlin, Pellmann / Leipzig, Löttsch / Ostberlin) der Sprung ins Parlament gelungen war, wird im nächsten Bundestag nicht mehr vertreten sein. Weil Gesine Löttsch das weiß, kann sie es sich auch erlauben, mit der Parteispitze abzurechnen. Vor allem erhebt sie den Vorwurf, die 1988 geborene Kapitänin Carola Rackete, die seit Jahren Flüchtlinge aus dem Mittelmeer rettet, als Spitzenkandidatin für die Europawahl am 9. Juni aufgestellt zu haben: „Die Partei kannte sie nicht, und sie kannte unsere Partei nicht.“ Aber was heißt denn hier noch „Partei“? Mit 2,7 Prozent am 9. Juni ist Die Linke nur noch eine politische Sekte. Löttsch, als Gesine Gorrisch eine Woche vor dem Mauerbau am 13. August 1961 in Ostberlin geboren, stammt aus der Nomenklatura der „herrschenden Klasse“ in der DDR. Nach dem Abitur 1980 studierte sie an der Humboldt-Universität Anglistik und Germanistik und bestand 1985 das Staatsexamen. 1988 erfolgte die Promotion. 1987 durfte sie, treue SED-Genossin und zuverlässiger Reisekader, ein Auslandssemester in den Niederlanden verbringen. Es galt als sicher, dass sie nach Ostberlin zurückkehren würde. Im selben Jahr 1987 heiratete sie den Slawisten Dr. Ronald Löttsch (1931 – 2018), der mit ihr seine dritte Ehe einging. Er war politisch rehabilitiert worden, obwohl er 1956/57 der „konterrevolutionären“ Widerstandsgruppe um Harich, Janka und Loest angehört hatte und 1958 in Halle zu drei Jahren Zuchthaus wegen „Beihilfe zum Staatsverrat“ verurteilt worden war. Nach nicht einmal zwei Jahren wurde er

begnadigt, aus dem Zuchthaus Bautzen II entlassen und durfte seit 1961 wieder als Sprachwissenschaftler in der Ostberliner Akademie der Wissenschaften arbeiten. Er war unter die Amnestie gefallen, die nach dem Tod des DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck (1876 – 1960) am 7. September 1960 verkündet worden war.

*Jörg Bernhard Bilke*

## Was wir (auch) nicht vergessen sollten

### Das DDR / Knastlexikon

In dieser Reihe möchten wir Ihnen einige teils außergewöhnliche Ausdrücke / Begriffe erklären, die in der DDR nicht nur in der Haft verwendet wurden und die man keinesfalls vergessen sollte.

**H e u t e :**

### Trommelstöcke

*Trommelstöcke* erinnern natürlich in erster Linie an die Musik. Sie gehören zum Schlagzeug, mit ihnen kann man einen gehörigen Wirbel erzeugen und die Zuhörer zum Staunen bringen. Insonderheit waren sie zu Zeiten der Beat-Musik bei Tanzveranstaltungen und Konzerten unentbehrlich. Im Knast, um den es geht, gab es keine Tanzveranstaltungen. Es gab jedoch Häftlinge, meist waren es eingefleischte Knastbrüder (siehe dazu Stichwort *BeVauer*), die vor anderen Knastbrüdern großsprecherisch auftraten, was konkret bedeutete, dass sie sie bedrohten oder vor ihnen mit einem nicht vorhandenen Reichtum außerhalb des Zuchthauses prahlten. Es hieß dann hinter der vorgehaltenen Hand: „Jetzt packt der Angeber wieder die T. aus.“

*Igor Gerd Lesnikow*

**Anm. d. Autors:** Sehr gern nehmen wir Ihren/deinen Beitrag – mit oder ohne Nennung des Namens – in diese (immer noch) in der Entstehung befindliche, mittlerweile stark anwachsende und regelmäßig in der Fg erscheinende Rubrik auf.

## Gibt es ein Register?

*Anmerkungen zur Fg-Rubrik „Das Knastlexikon“*

☒ Liebe VOS, amüsiert lese ich gern euer Knast-Lexikon. (Gibt es irgendwo ein Register zum nachlesen?) Zur *Luftpumpe* in der letzten Ausgabe: Im Naumburger Vollzug der 1980er Jahre sagte man sinngemäß dasselbe. Dort hieß es: „Klapp an!“, was so viel bedeutete wie „du kannst dir den Rest der Rede sparen.“ Dabei wurde oft in Richtung des Sprechers die Handgelenke von Daumen und Zeigefinger zusammengepresst gezeigt, die restlichen Finger abgespreizt. Viele verwendeten auch nur stumm die Geste selbst. Jeder verstand das.

Ein weiterer Punkt: Gelegentlich bringt ihr Verweise auf publizierte Erinnerungen von Kameraden. Es wäre schön, wenn es da mal eine Übersicht gäbe. Falls ich dabei helfen kann, würde ich das gern tun, benötige dazu allerdings Rohdaten.

*Freundliche Grüße*

*Danke für eure Arbeit*

*Jens Nielsen, Österreich*

## Knastlexikon: Es ist noch im Entstehen

*Zu diesem Leserbrief*

Lieber Kamerad Jens Nielsen, danke für den freundlichen Leserbrief. Die Rubrik „Knastlexikon“ ist mein besonderes Steckenpferd. Die Ausdrücke sind, würden sie hier nicht aufgeschrieben, unwiederbringlich verloren. Es gibt allerdings kein Register und keine wissenschaftlichen Nachweise. Trotzdem ist jeder einzelne Begriff in seiner Absurdität ein Nachweis für das, was uns in der Haft widerfahren ist. Ich habe eine längere Liste, so dass wir die Rubrik noch einige Zeit beibehalten werden. Dein Hinweis auf *Anklappen* lässt mich schmunzeln. Es gab ihn in Brandenburg in abgewandelter Form. Dem Hinweis auf Selbststeller muss ich nachgehen. Vermutlich hatten wir ihn bereits aufgenommen, da ihm von Nicht-Vorbestraften eine falsche Bedeutung beigemessen wird.

Ein Register der abgedruckten Haftschicksale gibt es nicht, es würde sich aber zusammenstellen lassen. *Danke, dein/euer Redakteur*

## Die konsequente Aufarbeitung der Diktatur durch authentische Fälle

*Mit Band 10 begeht der Landesverband Sachsen ein eindrucksvolles Jubiläum seiner Schriftenreihe*

Nun ist er da, und die VOS Sachsen darf stolz sein, dass der bereits in der vorigen Fg-Ausgabe angekündigte Jubiläumsband aus der Schriftenreihe mit Haft- und Verfolgungsschicksalen von Männern und Frauen aus der DDR erschienen ist. Er trägt den Titel „Da verstand ich das erste Mal, was Freiheit bedeutet“. Es ist der zehnte Band, für den die Autorin Ariane Zabel (Foto) nach gründlichen Recherchen Berichte von Zeitzeugen zusammengetragen, bearbeitet und zur Veröffentlichung gebracht hat. Es ist dies eine Leistung, die hohe Anerkennung verdient, was auch der Vorsitzende des Landesverbandes der VOS Sachsen im Vorwort zu dieser Ausgabe zum Ausdruck gebracht hat.



Es sind diesmal vier Betroffene, deren Schicksale dargestellt werden. In drei Fällen geht es um Wege, die DDR verlassen zu können. Im vierten Fall wird der Leser mit der Situation der Heimerziehung konfrontiert. Die Schilderung ist

bitter und hebt sich in ihrer Tragik und der Langzeitwirkung deutlich von den anderen Schicksalen ab. Nicht umsonst ist diesem Kapitel eine Trigger-Warnung vorangestellt, die auf die hier enthaltene Beschreibung von erlebter „körperlicher, seelischer und sexualisierter Gewalt“ hinweist.

Die Betroffene ist Ilona Hein, sie ist 1953 in Berlin-Mitte geboren. Ihre Mutter, eine Verkäuferin, hat insgesamt zehn Kinder. Ilona kommt als drittes zur Welt, sie wird – als Einzige – im Alter von sechs Monaten zur Adoption freigegeben. Es ist ein Kinderheim im thüringischen Heiligenstadt, das die erste Station von vielen weiteren wird. Dokumente existieren kaum, Erinnerungen sind in diesem Lebensstadium bestenfalls unklar möglich, und Begleitpersonen, die zur Schließung von Lebenslücken beitragen könnten, sind nicht auffindbar. Selbst Gespräche mit der leiblichen Mutter, die Ilona später auffindet, haben wenig Substanz.

Was dann an Erfahrungen auf das Kind hereinbricht, möchte man eigentlich nicht lesen. Und doch bleibt es einem, wenn man sich, wie es bei Ariane Zabel der Fall ist, konsequent der Aufarbeitung der SED-Diktatur verschrieben hat, nicht erspart. Letztlich geht es nicht nur um das Schicksal Einzelner und nicht um die unwürdige, oft an Kriminalität grenzende Behandlung seitens der Adoptiv- oder Pflegepersonen, ebenso um die Übergriffigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Heimen der verschiedensten Kategorien, sondern um das System, um den Staat, dessen erklärtes Anliegen die Erziehung von politisch gefügigen Untertanen ist. Wer da nicht spürt, bekommt die Härte des Systems zu spüren. (Mehrfach haben wir in der

Fg Romane von Grit Poppe vorgestellt, in denen das Wesen von Kinderheimen und die Methoden im Umgang mit den Kindern und Jugendlichen in ihrer Härte und Unausweichlichkeit beschrieben sind). Und es sind nicht nur die Unangepassten, die leiden müssen. Ilona Hein ist unauffällig, sie ist schwach, das Durcheinander und die fehlende familiäre Zuordnung haben die kleine Persönlichkeit früh zerstört. Als sie eingeschult werden soll, wird sie den Anforderungen nicht gerecht. Dann, als sie doch in die Schule darf, hat sie Probleme mit den anderen Kindern. Ihr widerfährt, was man heute Mobbing nennt. Es gibt Schläge und Verletzungen, die damalige Adoptivmutter versucht ihr zu helfen, doch die Lehrerin will sich nicht damit befassen, das Schulumt beim Rat des Kreises Eisenach, wo sich die Adoptivmutter hinwendet, verdreht die Argumente und stellt Ilona als Verursacherin der Streitigkeiten dar. Der Schuldirektor argumentiert gleichlautend. Auch er behauptet, dass Ilona gegen die Verhaltensregeln verstößt und somit als Urheberin der Auseinandersetzungen anzusehen ist. Hierzu ist der Schriftverkehr erhalten, auch die Erinnerungen der Betroffenen werden inzwischen klarer. Aus den Dokumenten geht hervor, dass Ilona und ihr familiäres Umfeld nicht nach den „neuen Erziehungsgrundsätzen“ handeln.

Ilona wird trotz des heftigen Widerstands ihrer Adoptivmutter in ein Heim in der Nähe von Weimar eingewiesen. Sie bringt den Ruf der Ungehorsamen und Ungezogenen mit, sie ist eingeschüchtert, und sie weiß schon im Voraus, dass im Heim nichts Gutes auf sie wartet. Letzteres ist weit untertrieben. Die für Ilonas Gruppe zuständige Erzieherin schießt sich bedingungslos auf die Neunjährige ein, einer der Erzieher holt Ilona und ein anderes Mädchen während des Nachtdienstes zu sich ins Zimmer und vergeht sich ungezügelt gleich an beiden.

→ weiter nächste Seite oben

Man weiß, Kindesmissbrauch, gerade in der lang anhaltenden und intensiven Form, wie er gegen Ilona stattfand, war in der DDR als Thema nicht erwünscht. Es gehörte nicht in die sozialistischen Medien, und vor Gericht wurde es – wie die politischen Prozesse – hinter verschlossener Tür verhandelt. Nicht einmal im Strafvollzug wurde diese Art von Delikt durch die verurteilten Häftlingen zugegeben. Es war die unterste Kategorie der Kriminalität, und es war eine Straftat, die, bedingt durch persönliches Versagen, keineswegs vor SED-Genossen haltmachte. Selbst die als allwissende bezeichnete marxistische Lehre hatte keine Lösung. Das Verschweigen war das einzige Mittel, damit umzugehen.

Fast noch schlimmer aber ist die Kehrseite: die fehlende Zuwendung und Wiedergutmachung für die Opfer, die allein gelassen werden und zwischen Scham und Angst vor neuen Übergriffen dahin darben. Sie passen ebenso wenig in das Bild der „fortschrittlichen“ Gesellschaft wie die Täter.

Für Ilona hat der Schrecken kein Ende gefunden, als jener Erzieher, der offenbar aufgefliegen ist, plötzlich verschwindet. Es ist nun die Erzieherin, die die Wehrlosigkeit des eingeschüchterten Mädchens ausnutzt und sich in geradezu sadistischer Weise an ihr vergeht.

Zu den Missbrauchsvorgängen kommen immer wieder Bestrafungen, Schikanen und körperliche Züchtigungen. Obwohl Ilona durch die physische Gewalt äußerlich durch Hämatome, Beulen oder blutende Wunden auffallen muss, erhält sie keine medizinische Versorgung.

Von einer humanistischen Erziehung, wie ihn die DDR in ihren verlogenen Propagandafilmen vorzuweisen versucht, ist nichts zu finden. Im Rückblick bezeichnet

Ilona Hein in ihrer Bitterkeit das Kinderheim als „Hölle“. Gibt es irgendwo auf der Welt oder in der Phantasie des Menschen einen Ort, den man mehr fürchtet?

Völlig anders gestaltet sich die Vita von Kerstin Meisner, die als letztes Opfer in diesem Band zu Wort kommt. Kerstin ist – nicht nur nach VOS-Maßstäben – jung. Sie ist 1964 geboren, ihre Jugend fällt in eine Phase der DDR, wo das Thema Wiedervereinigung kaum noch diskutiert wird und sich die DDR international etabliert.

### Kerstin tut es

Das Ziel der Regierung, die Bevölkerung ruhigzustellen und den Blick nicht mehr auf den Westen zu richten, ist jedoch nicht erreicht. Es herrschen Enge, Gängelei und Dummheit. Kerstin hat daher alsbald nur den einen Wunsch: bloß



raus aus hier, frei sein, uneingeschränkt atmen und reden können, eigene Gedanken haben dürfen. Diesen Wunsch haben freilich viele, nur wagen sie ihn nicht auszusprechen, geschweige denn seine Erfüllung in Angriff zu nehmen. Kerstin tut es. Dabei hat sie – im Gegensatz zu Ilona – in der DDR nicht mal ein schlechtes Leben. Sicher, auch in ihrer Familie wechselt die Erziehungskonstellation mehrfach. Alkoholkrankheit und

Depressionserscheinungen treten auf, und mehrfach zieht die Familie um. Kerstin ist charakterlich stark, sie kommt, wie man damals sagte „gut zurecht“. Als ihre Eltern nach mehreren Umzügen mit ihr in Potsdam ansässig werden, schafft sie sich ein geordnetes Umfeld. Sie trifft sich regelmäßig mit ihren Freundinnen, sie lernt gut, und nicht zuletzt kommt sie in den Vorzug der räumlichen Nähe zu West-Berlin, von wo Radio- und Fernsehsendungen gezielt in die DDR gestrahlt werden.

Dadurch regt sich in ihr der politische Verstand, sie erhält einen anderen Eindruck von Freiheit und Konsum, was dazu führt, dass sie in der Schule das System der DDR hinterfragt und sich die Beurteilungen ihrer Leistungen und ihrer Einstellung zur Gesellschaft verschlechtern. Sie geht jedoch keine Kompromisse ein, sie passt sich

nicht an, und sie weiß: Die DDR wird ihren Vorstellungen von einem freien Leben nicht gerecht, sie will weg. Kerstin weiß, welche Wege es gibt. Da wäre ein Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik: Es ist eine unsichere und langwierige Sache. Dann ist da die Republikflucht. Kerstin hat das nicht wirklich vor. Es werden immer wieder Wagemutige erschossen. Andere werden gefasst, verurteilt und freigekauft oder abgeschoben. Kerstin entscheidet sich für diese Variante. Sie reist illegal in die Tschechoslowakei, wird dort verhaftet und an die DDR ausgeliefert. Hier bringt sie – es ist Potsdam, das sogenannte Lindenhotel – eine kurze Zeit in der U-Haft zu, sie erhält eine Haftstrafe, sie wird in den Strafvollzug nach Markkleeberg überführt, wo sie – im Gegensatz zu anderen Häftlingen – nahezu angenehme Bedingungen vorfindet. Schon ein Jahr nach der Verhaftung darf sie ausreisen.

Als sie einen Tag vor der Fahrt ins Aufnahmelager im westlichen Gießen in der Stasi- Untersuchungshaftanstalt Karl-Marx-Stadt gefragt wird, ob sie nicht doch lieber in der sozialistischen DDR bleiben möchte, antwortet Kerstin spöttisch entschlossen: „... und wenn ich nackt über die Grenze krauche, das ist mir egal, aber ich bleibe sicherlich nicht hier.“

Im Westen muss sich Kerstin völlig neu orientieren. Sie ist erst zwanzig, das Leben liegt vor ihr. Sie siedelt nach West-Berlin, erledigt die unvermeidlich zahllosen Behördengänge und erlernt nach mehreren Bewerbungen einen neuen Beruf; sie heiratet, sie geht viel auf Reisen und lernt die wirkliche Welt kennen, sie möchte schließlich ein, wie sie es nennt, „normales bürgerliches Leben“ führen. Sie strengt sich an, und es ist keine Selbstverständlichkeit, dass ihr – oft nach mehreren Anläufen – alles gelingt.

Von anderen ehemaligen politischen Häftlingen weiß man, dass sie nicht zurechtkamen, dass sie sich in den Freiheiten des Westens verirrt oder deren Verführungen erlagen. Kerstins Beispiel zeigt, was in positiver Hinsicht möglich ist. Nicht zuletzt verdankt dieser lesenswerte zehnte Jubiläumsband der Schriftenreihe über Haft- Verfolgungsschicksale einem ihrer Aussprüche seinen Titel: „Da verstand ich das erste Mal, was Freiheit bedeutet.“

Wenn wir über diesen zehnten Band sprechen, stellt sich die Frage nach den zwei weiteren Schicksalen. Auch dies sind Fälle, die dem Leser zu Herzen gehen. An ihnen wird noch einmal deutlich, wie auch Angehörige von der Verfolgung durch das Organ in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Großmutter stirbt, weil sie es nicht ertragen kann, dass der Enkel eingesperrt wurde. Oder dies: Dem Häftling gelingt infolge einer meisterlich getimten Planausführung ein spektakulärer Ausbruch aus dem Haftarbeitslager Oelsnitz. Er versucht über die Grenze in den Westen zu flüchten, doch er wird verraten und muss erneut in die Haft.

Ariane Zabel hat die jeweiligen Schilderungen sehr geschickt aufgebaut. Sie lässt die Betroffenen selbst zu Wort kommen, wodurch die Authentizität der Ereignisse begreifbarer wird und sich der Leser durch die oft einfache, lebensnahe Sprache gut in die Situation der Handelnden versetzen kann. Zwischen diese Texte gibt sie Kommentare oder überbrückt die Berichte durch Erklärungen. Es gibt zudem Fotos und am Ende des Bandes verschiedene Erklärungen. Man darf hoffen, dass die Mittel für die Bände elf bis einhundert schon bereitstehen und die Welt von weiteren politischen Delikten in der DDR erfährt. Schicksale gibt es reichlich, das Interesse daran nimmt eher zu als ab. Hilfreich ist es zudem, dass die Betroffenen vor Erscheinen der einzelnen Bände zu Lesungen oder Interviews eingeladen werden. Das schafft Nähe und weckt Interesse an der Buchveröffentlichung. **ARK**

**Anmerkungen:** Das Buch steht nicht zum Verkauf, kann aber über die Landes- und Bundesstelle der VOS bestellt werden. Das Foto auf der vorigen Seite wurde im Grenzmuseum Marienborn aufgenommen.

## Erinnerungen, die wichtig sind

### Ausstellungseröffnung im Düsseldorfer Landtag

Am 11. Juni wurde in der Wandelhalle des Landtags von Nordrhein-Westfalen die Ausstellung „... denen mitzuwirken versagt war.“ Ostdeutsche Demokraten in der frühen Nachkriegszeit“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eröffnet. Auf 20 Schautafeln wurden die Schicksale von 30 Betroffenen dargestellt, die sich in der Nachkriegszeit in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR dem kommunistischen Regime entgegengestellt hatten oder durch Denunziation zu Opfern wurden. Erster Redner war der Präsident des Landtags, Pröd. André Kuper, der einen Bezug zum Grundgesetz der Bundesrepublik herstellte und den Idealismus der gewürdigten Frauen und Männer, die ihren Mut mit dem Leben oder langen Haftstrafen bezahlen mussten, hervorhob. Ihm folgten die Erläuterungen von Dr. Ralph Jessen und Alexander Frese (Kurator) von der Bundesstiftung Aufarbeitung.



Dass die Exponate so wirkungsvoll aufgestellt waren und gut zur Geltung kamen, war ein Verdienst der Mitarbeiter des Instituts für Deutschlandforschung der Bochumer Ruhr-Uni, die für das Aufstellen zuständig waren. Da das Institut wichtiger Partner des Zeitzeugenprojekts ist, war es naheliegend, dass auch Zeitzeugen zur Eröffnung erschienen, zumal sie als Vertreter des Opferverbandes VOS auf den Tafeln einige frühere Mitglieder vorfanden. Zu ihnen gehört Günther Dilling, der mit damals 19 Jahren als Streikführer beim Volksaufstand 1953 verhaftet und zu fünf Jahren verurteilt wurde. Dilling wurde vorzeitig entlassen. Zu den Betroffenen gehört auch Jochen Stern, der noch in NRW als Zeitzeuge aktiv ist und die Eröffnung durch seine Anwesenheit bereicherte. Stern sieht derweil dem 96. Geburtstag entgegen, seine Aktivitäten sind beeindruckend. Er ist neben den Einsätzen an Schulen auch weiterhin bei Dreharbeiten für Fernsehproduktionen tätig. **Hugo Diederich**

**Foto** (v. l.): Felix Holtschke (VOS-Vorsitz. NRW), Jochen Stern (Zeitzeugenproj.), Lindita Arapi (Autorin)

## **Abseits von Olympischen Spielen, der Fußball-EM und der Rad-Tour**

*Der Mauerweglauf an der ehemaligen Grenze zu  
West-Berlin verbindet Sport und Geschichte*

Wenn am 17. und 18. August 2024 rund um das ehemalige Berlin-West der Mauerweglauf stattfindet, so ist das mehr als Tradition und nicht nur ein großes Sportereignis, bei dem sich die Härtesten der Harten bis zur totalen Erschöpfung quälen. Es ist ein Event, bei dem seit 2011 jährlich an die Grausamkeit der DDR-Staatsgrenze und die Opfer, die hier zu Tode kamen, erinnert wird. Der Kurs zeichnet mit etwa 100 Meilen die ehemalige Grenzlinie zwischen der DDR und der einstigen bundesdeutschen Exklave West-Berlin nach. Die Laufzeit beträgt für die guten Athleten um die 14 Stunden, wobei im vorigen Jahr eine Frau die schnellste von allen war und die Staffeln natürlich bessere Zeiten schaffen. An der Strecke befinden sich 26 Versorgungsstationen, wo ehrenamtliche Helferinnen und Helfer den Läuferinnen und Läufern Getränke und Verpflegungsbeutel reichen. An einigen Stationen sind der Wechsel von Kleidung und die Aufnahme eigener, vorab abgegebener Speisen möglich. Neben den Einzelstärkern gehen die Staffeln ins Rennen, die an diesen Stationen ihre Wechselstellen haben. Interessant ist, dass in jedem Jahr die Laufrichtung gewechselt wird. Wurde im vorigen Jahr der Lauf des Uhrzeigers verfolgt, so geht es in 2024 gegen denselben. Mittlerweile hat der Mauerweglauf große Attraktivität erfahren. Neben den Teilnehmern aus ganz Deutschland gehen Starter aus mehreren Kontinenten ins Rennen: China, Israel, Japan, USA, Taiwan, Frankreich, Schweden, Großbritannien, Finnland, Luxemburg und sogar ein Läufer, der unter russischer Flagge startet. Sie alle nehmen die Botschaft mit, die mit der Wertschätzung von Freiheit und Demokratie zu tun hat. Es gibt Fahrradbegleiter und Zuschauer, die entlang der Strecke stehen und die Laufenden anspornen. Es ist ein Event, das die Menschen auf andere Weise verbindet als die Spiele der Olympiade oder die vom Kommerz geleiteten Fußball-Turniere und Fahrradtouren. Hier steht immer auch das Gedenken an die Opfer im Vordergrund. Jährlich wird einer an der Grenze von den Posten erschossenen Person gedacht. Meist waren es junge Menschen, die das hohe Risiko eingingen und das Wagnis der Flucht mit dem Leben bezahlten. Zu den älteren Opfern zählt Erna Kelm, die bereits 1962, ein Jahr nach dem Mauerbau, bei dem Versuch, die Havel in Richtung West-Berliner Ufer zu durchschwimmen, ertrank. Ihr Schicksal wurde beim Mauerlauf 2023 hervorgehoben. In diesem Jahr gilt das besondere Gedenken Silvio Proksch, der in eben dem Jahr, da Erna Kelm ertrank, geboren wurde. Silvio Proksch war 21, als er 1983 am ersten Weihnachtsfeiertag bei einem törichtem, von vorherigem Alkoholkonsum geleiteten Fluchtversuch erschossen wurde. Er hatte am Abend versucht, am Pankower Friedhof eine Mauer zu übersteigen, die an West-Berlin grenzte. Er berührte den Signalzaun und ignorierte die Warnschüsse eines Postens. Gleich darauf wurde er getroffen und verblutete infolge ausbleibender medizinischer Versorgung. Der Leichnam und die Sterbeeinträgung blieben verschollen. *Tom Haltern*

## **RUB: Ein Mann im Hintergrund**

*NRW-Zeitzeugen: Trauer um Bernd Faulenbach*

Am 15. Juni 2024 verstarb wenige Monate nach Vollendung seines 80. Geburtstags Hochschullehrer Bernd Faulenbach, der bis zuletzt u. a. am Institut für Deutschlandforschung als Honorarprofessor tätig war und das Zeitzeugenprojekt, das der VOS-Landesverband ins Leben gerufen hat, mit betreute.

Bernd Faulenbach kann auf eine beispiellose berufliche und politische Laufbahn verweisen. Er wurde 1943 im pommerschen Pyritz, geboren und gelangte nach der Vertreibung nach NRW, wo er das Abitur ablegte und in Bonn und Bochum mehrere Studienfächer erfolgreich abschloss. 1977 legte er seine Dissertation zum Thema Deutsche Geschichte zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus vor und arbeitete danach als Hochschullehrer, wobei er die deutsche Vergangenheit weiter im Blick hatte. Seine Ernennung zum Honorarprofessor erfolgte im Jahr 1993. Faulenbachs hohe fachliche Kompetenz war einer der Gründe, dass man ihm für die Aufarbeitung der SED-Diktatur mehrfach anspruchsvolle Ämter anvertraute. Er war Vorsitzender der Fachkommission der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und 18 Jahre lang stellvertretender Vorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. In der SPD arbeitete er für den Parteivorstand, und er war Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Professor Bernd Faulenbach war überdies als Mensch beliebt. Er war wohlwollend, humorvoll und versuchte aussichtslos scheinende Streitigkeiten zu schlichten. Er strebte nach Harmonie und blieb in Diskussionen auf Augenhöhe, er war da, wenn er gebraucht wurde und half in seiner Unerschütterlichkeit auch, Konflikte im NRW-Zeitzeugenprojekt zu erkennen und – nicht immer erfolgreich – aufzulösen.

Die Spuren, die er hinterlassen hat, werden lange zu sehen sein; man sollte, wenn es um die Festigung unserer Demokratie geht, immer wieder auf sie verweisen.

*Igor Gerd Lesnikow*

## **Die verdeckte deutsche Sonne**

*Angela Merkel ist 70 geworden: der späte Glanz*

Die Deutschen fingen erst an, nach ihr zu rufen, als sie (endlich) abgedankt hatte. 16 Jahre, das ist eine lange Zeit. Nun stellt sich heraus: Noch mal 16, und wir wären ihrer zwar endgültig überdrüssig, aber wir hätten Stabilität, und Putin hätte den Überfall auf die Ukraine vielleicht beendet. Er hatte sie ja beim Empfang mit seinem großen schwarzen Hund nicht mal aus der Fassung gebracht. Und Trump, der verweigerte Handschlag? Auch da verriet sie keine Regung. Selbst die lange Schandrede von Horst Seehofer auf dem CSU-Parteitag hat sie – ebenso wie seinen späteren durchsichtigen Wiedergutmachungsversuch – bei steinerner Miene ertragen. Vieles, was man über sie gespottet oder an Boshaftigkeit über sie gebracht hat, hätte man sich einem Mann gegenüber nicht getraut.

Die aktuelle Kanzlerschaft bestätigt diese Aussage. Olaf Scholz: Keiner schweigt so gut wie er. Dieser Bundeskanzler – eigentlich ein Glücksfall für jeden Satiriker, der fast nicht wahrgenommen wird. Nein, Merkel ist auch darin ergiebiger. Immer noch. *B. Thonn*

## Mit dieser Partei konnte man noch nie zusammenarbeiten. Oder?

Über die Geschichte zweier deutscher Arbeiterparteien und ihr heutiges Verhältnis zueinander

(H. D.) Die ehemalige SED, spätere PDS und nunmehrige Die Linke scheint dem Untergang geweiht. Jörg Bilke, dem diese Partei einen herben Einschnitt in ein ursprünglich bürgerliches Leben beschert hatte, nennt das, was von dieser Linken nach Entstehen des BSW übriggeblieben ist, eine „Sekte“. André Rohloff, politisch und gesellschaftlich aktives VOS-Mitglied, untersucht im nachfolgenden Beitrag das Verhältnis der einstigen KPD zu den Sozialdemokraten und die Rolle Kurt Schumachers in diesem Prozess.

Breitet sich eine linke Ideologie in Deutschland aus? Immer wieder höre ich Worte in meinem sozialen und familiären Umfeld „So schlecht war die DDR doch gar nicht.“ Selbst Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) und Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) sagen, dass sie den Begriff „Unrechtsstaat“ ablehnen. Ich erinnere mich deutlich an die Äußerung des einstigen SPD-Vorsitzenden Kurt (amtlich Curt) Ernst Carl Schumacher (geb. 1895 in Culm, Westpreußen, wo auch der Schriftsteller Hermann Löns herstammte, gest. 1952 in Bonn) und dessen Warnung vor den Kommunisten. Schumacher war nach 1945 der erste Nachkriegsvorsitzende der SPD. Er hatte aus



Überzeugung jegliche Zusammenarbeit seiner Partei mit den Kommunisten abgelehnt. Seine Nachfolger sind heute pragmatischer. Eine Zusammenarbeit mit der LINKEN ist für die SPD heu-

te selbstverständlich. Wohin eine Verharmlosung des Postsowjetismus / Postkommunismus führt, sehen wir im Ukraine-Krieg. Kurt Schumacher, selbst verfolgt in der Nazidiktatur, prägte in Bezug auf die Kommunisten die Worte, es seien „rot lackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten“. Diese Bezeichnung erscheint heute einigen Sozialdemokraten anachronistisch. Sie wollen in der LINKEN eine gänzlich gewendete SED sehen, die, wenn sie sich nur gehörig für die Mauer entschuldige, gesellschafts- und politikfähig sei.

### Es waren Ergebnisse mit klaren Aussagen: kein Zusammenschluss von SPD und KPD.

In Mecklenburg-Vorpommern ist man bedeutend weiter, hier bildet die SPD mit der LINKEN eine Regierungskoalition, und in Thüringen stellt die DIE LINKE sogar den Ministerpräsidenten. Mir ist es vergönnt, dass ich durch meine Tätigkeit in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Sozialdemokraten kennen gelernt habe, deren Eltern und Großeltern schon in den 1930er Jahren in der SPD aktiv waren. Bei diesen Sozialdemokraten hat die Denkweise eine opportunistische Haltung ausgelöst und zu Zweifeln geführt. Kurt Schumachers Warnung vor der KPD galt der Abgrenzung von den Kommunisten, es war für ihn jahrzehntelang Teil sozialdemokratischer Identität. Am 1. März 1946 eskalierte die Auseinandersetzung führender Sozialdemokraten über die Frage der „Einheitspartei“ auf einer Tagung im Berliner Admiralspalast. Während Otto Grotewohl vom Zentralausschuss der SPD geplant hatte, eine Resolution zu verabschieden, die Grundsätze und Ziele weiterer Kontakte mit der KPD begrüßte, setzten die Delegierten durch, dass über den Antrag von Franz Neumann, eine Urabstimmung unter den Mitgliedern durchzuführen ist.

Deutschlands Sozialdemokraten entschieden sich mit großer Mehrheit dafür. Franz Neumann hatte deutlich vor der kommunistischen Umarmung und Einverleibung der SPD durch die KPD gewarnt. „Dem idealistischen Wunsch nach Einheit der Arbeiterparteien setzte er politische Realität und Erfahrung entgegen“. Franz Neumann folgte der klaren Linie Kurt Schumachers, der die völlige Abhängigkeit der KPD von Moskau konstatiert hatte und das kommunistische Konzept der Einheitspartei als die Suche „nach dem großen Blutspender“ erkannte. Mit der Urabstimmung wurden zwei Fragen geklärt:

1. „Bist du für den sofortigen Zusammenschluss beider Arbeiterparteien?“ – 82,3 Prozent waren in West-Berlin dagegen;

2. „Bist du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und Bruderkampf ausschließt?“ – 62,1 Prozent sprachen sich in West-Berlin dafür aus.

Das waren Ergebnisse mit klaren Aussagen: kein Zusammenschluss der SPD mit der KPD. Kein Wunder also, dass die Abstimmung in Ost-Berlin durch die sowjetische Kommandantur verboten wurde. Somit ist der 31. März 1946 ein historischer Tag. Die Berliner Sozialdemokraten waren nicht in die kommunistische Falle getappt. Sie zeigten politische Klugheit und Weitsicht – eine freiheitliche Tradition, die es zu bewahren gilt. Die kommunistische Machtergreifung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), fand einen besonders eklatanten Ausdruck in der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED am 21. April 1946 im Berliner Admiralspalast. Tausende Sozialdemokraten in der SBZ wurden in Zuchthäuser / Gulags (Straf- und Arbeitslager in der UdSSR) verschleppt, sie wurden hingerichtet und in wieder eröffneten Konzentrationslagern zu Tode gequält. Kurt Schumachers Prophezeiungen hatten sich als scharfsinnige Voraussage erwiesen. Wenn jetzt Führungspolitiker der SPD argumentieren, man müsse nach vorn blicken oder behaupten, die

→ nächste Seite oben

→ von voriger Seite

DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen, so wird geflissentlich ausgeblendet, wie trefflich *nach vorn* gerichtet die Warnungen Kurt Schumachers waren und wie aktuell sie sich jetzt ausnehmen. Manuela Schwesigs Russland Politik hat nach dem Angriff Russlands gegen die Ukraine erst eine Wendung erfahren. Man sollte nicht von Menschenrechten fabulieren und diese bei wirtschaftlichem Interesse ausblenden. Die aktuelle Politik mit China spiegelt dies ebenfalls wider. Geschäfte machen mit China und Menschenrechtsverletzungen wie gegen die Uiguren und Tibe-



ter ignorieren.

Mit Kommunisten kann ein Demokrat nicht zusammenarbeiten. So notierte Kurt Schumacher: „Die Kommunistische Partei ... ist in ihrer politischen Theorie und Praxis ebenso vollständig zusammengebrochen wie die Nazi-Ideologie und deren Militarismus. Unter dem Gesichtspunkt deutscher Politik besteht kein zwingender Grund für ihr Weiterbestehen. Ebenso wenig hat die Sozialdemokratie Veranlassung, für den geschwächten Parteikörper der KP den Blutspender abzugeben und auf irgendeinen Annäherungsversuch auch nur andeutungsweise einzugehen.“ Diese Mahnungen vor einer Regierungsbeteiligung der LINKEN werden heute häufig mit der Floskel zurückgewiesen, Hinweis auf frühere Verfehlungen der Kommunisten seien *Kalter Krieg* und *rückwärtsgewandt*. Mit ähnlichen Äußerungen und Vorwür-

fen hatte sich bereits Kurt Schumacher auseinanderzusetzen. Er warf den Kommunisten vor, eine Politik „gegen Fortschritt, gegen Entwicklung“ zu treiben. Nicht Kritik an einer solchen Politik sei „rückwärtsgewandt“, sondern das Paktieren mit ihr. Denn der wie auch immer frasierter Kommunismus „ist die Politik der Rückkehr ... zu Denkformen und Methoden, die unwürdig sind, von Menschen gelebt und gedacht zu werden. Weltkommunismus ist Weltreaktion.“

Können sich Parteien durch Schuldbekennnisse, zumal halberzig geäußert, von ihrer unrühmlichen Geschichte freisprechen? Kurt Schumacher verneinte diese Frage. Am Beispiel des Zusammengehens von Kommunisten und Nazis in der Endphase der Weimarer Republik rief er ins Gedächtnis, dass zum Beispiel die Schmalmeienkapelle des Rot-front-Kämpfer-Bundes in Berlin-Lichtenberg „geschlossen zur SA übergegangen“ war:

„In der SA-Uniform prügeln sie genauso brutal auf die sozialdemokratischen Reichsbannerleute ein wie zu der Zeit, als sie diesen in Rot-Front-Kämpfer-Bluse mit geballter Faust gegenüberstanden.“

#### **Hinweis zum Podcast der WDR-Hörfunkreihe Zeitzeichen (täglich neue Folgen):**

10.07.1934: Der Anarchist Erich Mühsam wird im KZ Oranienburg ermordet. WDR 5: Hier wird über das Schicksal der Witwe des Autors Mühsam berichtet, die 20 Jahre im sowjetischen Gulag zubrachte.

Mit Entschuldigungen, so Kurt Schumacher könne sich die KPD nicht reinwaschen, denn: „Das Schuldbekennnis für die kommunistische Partei ist eine Selbstverständlichkeit, ohne die Haltung der Kommunisten wäre das Versagen des deutschen Parlamentarismus und damit die Möglichkeit für die Nazis, an die

Regierung zu kommen, nicht gegeben gewesen.“ Schumachers Ablehnung gegen jedes Zusammengehen mit den Kommunisten ging so weit, dass er SPD-Führer Otto Grotewohl, nahelegte, eher die SPD aufzulösen, als in eine Zwangsehe mit der KPD einzuwilligen. Dahinter stand ein fes-

#### **Die Geschichte hat Schumacher Recht gegeben.**

ter Glaube an menschliche Werte und an politische Moral. Kurt Schumacher strebte keine Überwindung der Spaltung mit jenen an, die solchen Werten abgeschworen hatten oder sie leicht hin zu verleugnen bereit waren, wenn sie einem Machtkalkül im Wege standen, sondern er suchte Rückhalt bei jenen, die ihnen auch in schwerster Bedrängnis treu geblieben waren. „Wenn jemand von draußen nach Deutschland kommt, dann erlebt er sicher, wenn er fühlen kann und wenn er Fingerspitzengefühl hat, wenn er seelisch in den anderen eindringen kann, das eine große Wunder, dass nach zwölf Jahren Diktatur noch so viele Menschen innerlich anständig geblieben sind. Und er erlebt das andere Wunder, dass beim Kampf, anständig zu bleiben, auch Tapferkeit gezeigt wird.“ Für Kurt Schumacher waren diese Tugenden ein Essential politischen Handelns.

Die Geschichte hat ihm Recht gegeben. Wie ist es möglich, dass sich immer noch eine Ideologie als angeblich human in unserer Gesellschaft präsentieren kann, die zwischen 1917 und 1989 in ihren „Schlachthäusern“ über 100 Millionen Menschen vernichtet hat, das Russland, halb Europa über Jahrzehnte in die Finsternis geführt hat, dass die Märtyrer dieses Exzesses heute noch für zivilisierte Menschen als verehrungswürdig gelten?

Warum gibt es bei uns immer noch Menschen, die Russlands Krieg gegen die Ukraine rechtfertigen und die kommunistischen Verbrechen ignorieren?

André Rohloff  
VOS Neubrandenburg

## Sie mussten zurück ins kalte Sibirien. Es war „nix mehr GDR“

*Als die letzten russischen „Tellermützen“ die Heimreise antraten und niemals wiederkehrten*

Am 31. August ist es 30 Jahre her, dass die letzten Einheiten der Westgruppe der russischen Streitkräfte, die „Iwans“, in ihren hässlichen Militärrocken, unser Land verließen. Geschätzt waren es eine Million Soldaten, die die Städte des Dreibuchstabenlandes belagert hatten, gefühlt waren es allerdings zehnmal so viel. Es war das Jahr 1994, die Wiedervereinigung lag fast vier Jahre zurück. Helmut Kohl, damals noch Kanzler, hat die Sowjets mit einer vergleichsweise lächerlichen Entschädigung – es waren ein paar Millionen D-Mark – aus dem Land geschafft. Dass das passieren würde, hatten sich viele ehemalige DDR-Bürger nicht vorstellen können. Damit hatte der Sowjet durch Schwäche eingebüßt, was er sich mit Gewalt angeeignet hatte: die Herrschaft über halb Europa. Es sollte uns heute eine Lehre sein, wir sollten alles daran setzen, dass Putin nicht zurückkommt.



Was die „Freunde“, wie sie sie selbst die SED-Genossen widerwillig nannten, hinterließen, war kein geordneter Rückzug: kahle Wohnblöcke, verfallene Kasernen, und unberäumte Schießplätze oder Übungsgelände. Es war verbranntes Gelände. Mit einem halbwegs fairen Umgang mit der Umwelt hatten die Sowjets nie etwas im Sinn gehabt. Gewehrmunition, Artilleriegeschosse und Minen steckten, teils leicht auffindbar, in den Wäldern. Leere Hülsen und scharfe Patronen ließen sich oft genug nicht unterscheiden. Die Böden waren von Diesel, Benzin und gefährlichen Substanzen getränkt, in den Gebäuden hingen die Drähte aus den Decken, die Wände waren aufgerissen, die Fußböden beschädigt.

In den Monaten vor dem Abzug wurde geschachert, wie es nur ging. Kalaschnikows und Makarows, sogar Handgranaten und Treibstoff konnte man auf dem Schwarzmarkt abfassen, auch Uniformen (bei Bedarf mit der sogenannten Sowjetplatte verziert), Militärstiefel, Dokumente und vieles, was ein entsprechend veranlagtes Sammlerherz begehren sollte. Alles zu erschwinglichen Preisen, nämlich in West-Währung, oder im Tausch gegen neue Konsumgüter.

Immerhin, die Offiziere gingen nicht mit leeren Händen. Sie hatten im Abtransport von Konsumgütern aus der „GDR“ ihre Jahrzehnte währenden Erfahrungen. Wir erinnern uns der eingerollten Bettvorleger und der verschnürten riesigen Pakete mit Plastikleuchtern oder Stoffballen, die die Natschalniks auf den Bahnsteigen für die Fernzüge nach Brest, Gorki oder Tscheljabinsk gestapelt hatten. Si-



cher, es waren Erzeugnisse, die im Land der Unterdrückten wenig gefragt waren. Man nannte sie Ladenhüter. Aber darum ging es nicht.

Die Areale, in denen sie ihr militärisch geprägtes Dasein gefristet hatten, wurden von den schnell nachrückenden Deutschen vor allem aus Sicherheitsgründen umzäunt und verschlossen. Dennoch gab es jene Abenteurer, die sich Zugang verschafften und noch so manchen militärischen Artefakt aus dieser Zeit einsacken konnten. Diese Mutigen, Unvernünftigen sind bis heute unterwegs. Kapen bei Oranienbaum ist solch ein Areal. Dort wurden – dies aber von DDR-Seite – die SM 70 getestet. Es ist die Splittermine, auch Selbstschussanlage genannt. Eine ganze

Reihe bekannter und unbekannt gebliebener Fälle an Tötungen und Verletzungen gehen auf deren Konto. Eine Tragik, die nicht nur die vertriebenen „Beschützer“ vom Ural zu verantworten haben.

Russland hat sich von der Vertreibung ins eigene Land eigentlich nie richtig erholt. Unter den Menschen wird immer noch die Frage diskutiert: War das notwendig, musste Gorbatschow diese ergiebigen Kolonien aufgeben? Man muss nicht antworten. Die Sowjets haben gemeinsam mit den Amerikanern die Nazi-Diktatur beendet, aber dann haben sie den Deutschen und anderen Völkern ihr eigenes Regime aufgedrückt. Sie haben dreimal – DDR, Ungarn, CSR – Aufstände brutal niedergeschlagen und die Diktaturen ihrer Marionetten gefestigt. Sie haben die von ihnen besetzten Länder wirtschaftlich ausgesaugt und ihnen eigene Rohstoffe wie Kohle oder Öl zu hohen

Preisen aufgezwungen.

Es besteht daher wahrlich kein Grund, dieses Land zu bedauern. Der Nachfolgestaat der Sowjetunion, Russland, ist zu den Wurzeln der

Hochrüstung zurückgekehrt. Er ist der Aggressor schlechthin. Der russische Präsident hat sich zum Diktator entwickelt, er führt wieder Krieg, er hat sein Land in die Isolation getrieben. Und er hat seinen Blick wieder auf Berlin gerichtet.

Sicher gibt es in Deutschland Leute, denen der Krieg Russlands gegen die Ukraine lästig sein mag und die Putin als Diktator bewundern. Aber niemand wird wirklich wollen, dass das russische Militär auch zu uns kommt. Diese 30 Jahre ohne Besatzung waren gute Jahre. Und wenn nicht, so waren sie doch alle mal besser als die Jahre unter sowjetischer Besatzung. **B. Thonn**  
**Fotos** (© firstminute Verlag): sowjetische Offiziersmütze, zurückgelassene Munitionskiste (Privatbesitz).

## An ihren Taten und nicht an den Worten könnt ihr sie erkennen!

*Ausstellungseröffnung mit Bundespräsident Steinmeier in Hoheneck im Juli 2024*

Im Neubrandenburger Rathaus starren Lenin und Marx den Besucher an und viele Straßennamen erinnern an Kommunisten. In Hoheneck hat es 35 Jahre gedauert, um der Frauen zu gedenken die unter den kommunistischen Leitmotiven: „Revolution“, „Repression“, „Terror“ litten und bis heute unter den Folgen leiden. Für die dort geleistete Zwangsarbeit gibt es bis heute keine Entschädigung. Auch in der Neubrandenburger Haftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit musste Zwangsarbeit geleistet werden. In Neubrandenburg gibt es dazu keine Forschungen und nach 35 Jahren steht man hier noch am Beginn der Aufarbeitung des Unrechts der SBZ und der DDR. Einen Gedenkort für die Verbrechen des SED-Regime gibt es in Neubrandenburg bis heute nicht. Die kommunistischen Regime haben weltweit rund 100 Millionen Todesopfer gefordert, bis heute leben 1,5 Milliarden Menschen unter Hammer und Sichel. Spätestens seit der Veröffentlichung des „Schwarzbuchs des Kommunismus“, herausgegeben 1997 vom französischen Historiker Stéphane Courtois, kann niemand mehr die Schreckensbilanz von kommunistischen Ideologien leugnen.

Aufklärung bleibt jedoch umso wichtiger, da kommunistische Verbrechen oft geleugnet und verharmlost werden, besonders in China und in Wladimir Putins Russland. Mitte des Jahres 2022 hat sich der Deutsche Bundestag erneut zu einem 2019 gefassten Plan einer „Errichtung eines Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft“ bekannt. Ein Antrag der CDU/CSU auf zeitnahe Umsetzung wurde indes von einer Mehrheit von SPD, Bündnis 90, FDP und der Partei Die Linke abgewiesen, ebenso ein solcher der AfD, die bereits einen fixen Platz nahe dem Kanzleramt vorschlug.

Um zukünftige Generationen aufzuklären und den Betroffenen der kommunistischen Diktatur zu helfen und erinnern, braucht es keine leeren Worthülsen, denn Worte sind nur Schall und Rauch. An ihren Taten sollt ihr sie erkennen! *André Rohloff*

## Es geht um bessere Entschädigungen Schöne Worte für die einst inhaftierten Frauen

Der Bundespräsident ließ es sich nicht nehmen, die Eröffnung der Dauerausstellung zur politischen Strafjustiz und Verfolgung in der DDR im Frauenzuchthaus Hoheneck zu besuchen. Wie gewohnt fielen teilnahmsvolle, mitleidige Worte und sogar die Aufforderung an die westlichen Unternehmen, die von der Zwangsarbeit der Gefangenen profitiert haben, mögen die Betroffenen entschädigen. Das ist nett, aber nicht neu, es ist die übliche Rhetorik. Wünschenswert wäre gewesen, der Bundespräsident hätte sich über den Gesetzentwurf zur Erhöhung der Opferrente informiert und dazu seine Meinung – kritisierend oder befürwortend – geäußert. Heißt es doch, er wäre der Bundespräsident aller Deutschen. *Valerie Bosse*

## Bescheiden und sympathisch

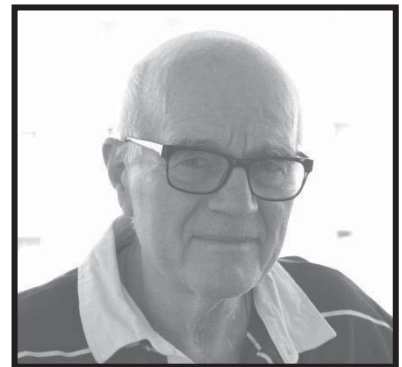
*Zum Tode des Kameraden Uwe Schmucker*

Mit Uwe verband mich eine langjährige, vertrauensvolle Freundschaft, die seit unserer in all den Jahren nie abgebrochen ist. Dafür bin ich sehr dankbar. Sein Tod hat mich stark berührt. Er war ein großartiger, mutiger und wahrhafter Mensch. Auch wenn, sich respektlos und bitter ausnehmen mag, sein Tod nicht überraschend kam. Nach langer Krankheit, dem Hospiz-Aufenthalt und einem Neubrandenburger Pflegeheim als letzte Station verstarb am 10. Juni 2024 Uwe Schmucker im Alter von 78 Jahren. Uwe war ein bewundernswerter Mensch, der das erlebte Leid angenommen hatte und entschlossen war, aus dem ihm geschenkten Leben das Beste zu machen. Noch am 18. Mai kamen wir in kleiner Runde anlässlich seines 78. Geburtstag in einer kleinen Runde zusammen.

Uwes Leben war von einem erstaunlichen Auf und Ab geprägt. Seine Mutter floh mit ihm 1961 aus seiner Geburtsstadt Zeitz in den Westen. Uwe lebte später in Neuss (NRW). Im Jahr 2010 zog er nach Neubrandenburg um und schloss sich der Vereinigung der Opfer des Stalinismus an. Der VOS blieb er bis zu seinem Tod treu verbunden. Sie, womit alle Kameradinnen und Kameraden unseres Verbandes gemeint sind, wurde zu seiner Heimat. Am 12. August 2020 wurde er mit dem VOS-Ehrenabzeichen mit Goldkranz ausgezeichnet, was ihn mit großem Stolz erfüllte.

Nun ist er nach langem Ringen mit dem Tod von uns gegangen, und unsere Trauer ist groß, denn Uwe Schmucker war ein bescheidener, sympathischer, lebensmutiger und selbstloser Kamerad und Freund, er hat seit Jahren eher im Hintergrund für die VOS gearbeitet und uns alle überrascht, als er für jene Menschen, die sich kurz vor Kriegsende aus Angst vor dem Anrücken der Sowjet-Armee im Tollensesee ertränkten, Blumen pflanzen ließ. Mit seinen kritischen Fragen und Aussagen mag er nicht immer bequem gewesen sein. Das war auch nicht sein Anspruch. Aber er hat bei vielen Menschen etwas bewirkt: dass sie nachgedacht und ihr eigenes Handeln hinterfragt haben. Darüber hinaus hat er immer wieder anderen Menschen geholfen und dafür keine Dankbarkeit erwartet. Sein ehrenamtlicher Einsatz war bemerkenswert und wird sicherlich vielen in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. lange in Erinnerung bleiben und Ansporn sein, in diesem Sinne auch weiterhin aktiv zu bleiben.

Uwe, möge der Gerstensaft nie ausgehen, da wo du jetzt bist. Wir danken Dir, lieber Kamerad, wir werden Dich vermissen und verneigen uns vor Deiner Lebensleistung. In unseren Gedanken und Herzen bist du weiter bei uns. *André Rohloff (Bundesvorstand, Red.)*



# Dunkelheit, Nässe, Willkür – die Machtlosigkeit politischer Häftlinge

*Eine kleine Lehrstunde zum Umgang mit den Gefangenen des Ministeriums für Staatssicherheit*

Es war an einem gewohnt grauen Morgen in den 1980er Jahren in einer der Untersuchungshaftanstalten des Ministeriums für Staatssicherheit. Der Häftling X. Y., der nur mit Nummer 17 angesprochen wurde, war soeben in die Freihofzelle geführt worden. Da er sich in Einzelhaft befand, stand er zunächst etwa eine Minute allein und schaute durch den Maschendraht, der die Buchte ausbruchssicher abdeckte, in den wolkenverhangenen Himmel. Es war nichts Freundliches zu sehen, kein Vogel, kein Sonnenstrahl. Über ihm lief auf dem schmalen Steg, der die Freihofzellen voneinander trennte, der Wachhabende. Er hatte wie üb-

mer 17 stehen, er hob die Arme, um mehr Sauerstoff zu bekommen. Freiheit, dachte er, wo bist du, wie bist du? Er hatte die Antwort vergessen. Im selben Moment war das laute Schließgeräusch im Schloss der schweren Stahltür zu hören. Das Türblatt des Freihofkäfigs flog auf, ein uniformierter Wachmann, ein Feldwebel, stand da. Er wies mit einem Kopfnicken auf Nummer 17 und sagte: „Mitkomm!“

Nummer 17 zeigte verwundert auf sich, er fragte: „Ich? Ist doch aber meine Freistunde?“

Der Uniformierte schüttelte bei ärgerlichem Gesicht den Kopf, er wiederholte: „Mitkomm! Sie, oder sehen Sie hier sonst noch jemand?“

Nummer 17 gehorchte zögernd. Er trat aus dem Freihofkäfig und ging dem Wachmann entsprechend dessen Anweisungen voraus. Über den Hof, in den Eingang des Vernehmungsgebäudes, durch die Flure, über die Stufen. Dann stand er vor der Tür jenes Raumes, in dem vor Wochen seine Vernehmungen begonnen hatten. Der Wachmann klopfte hörbar, er stieß die Tür auf, ohne einen Zuruf aus dem Innern abgewartet zu haben. Er sagte zu dem Mann, dem Vernehmer, der ein Stück entfernt an seinem Schreibtisch saß: „Hier, Nummer 17, ist doch richtig so?“

Der Vernehmer rückte sich auf seinem Stuhl zurecht. Er musterte den in der Tür stehenden Häftling, als würde er ihn gerade zum ersten Mal sehen, schließlich erwiderte er: „Richtig.“ Er bedeutete Nummer 17, an der anderen Seite des Tisches Platz zu nehmen. Er sagte, es war mehr für sich: „Na, dann wolln wer mal.“ Er blickte Num-

mer 17 herausfordernd an. Nummer 17 ließ sich auf den ihm zugewiesenen Stuhl fallen. Er sagte: „Ich hatte gerade damit angefangen, was sich bei Ihnen Freistunde nennt. Frische Luft, etwas Bewegung.“

Der Vernehmer reagierte mit einer wegwerfenden Geste. „Jetzt sind Sie aber hier. Und zu Hause werden Sie ja ohnehin keine Freistunde machen. Oder?“

Nummer 17 schwieg. Der Vernehmer zog sich das Blatt heran, auf dem er die Fragen notiert hatte, mit denen er den Häftling an diesem Tag zu malträtieren gedachte. Sein Vorgesetzter hatte sie ihm vorgegeben, offenbar hatte er auch die Antworten genannt, die er später im Protokoll erwartete. Bevor er aber mit dem Abarbeiten des Frageprogramms begann, hob er den Blick. Er sah den Häftling mit verständnisloser Miene an. Er sagte: „Dass Sie hier sind, ist ja nun nicht die Schuld des Ministeriums für Staatssicherheit.“

Oder? Wir haben Sie jedenfalls nicht eingeladen.“ ARK

**Das Foto:** Offene Freihofzelle Gedenkstätte Potsdam Lindenstraße. Im Gegensatz zu mehreren anderen Gedenkstätten ist der Komplex dieser Zellen hier erhalten.

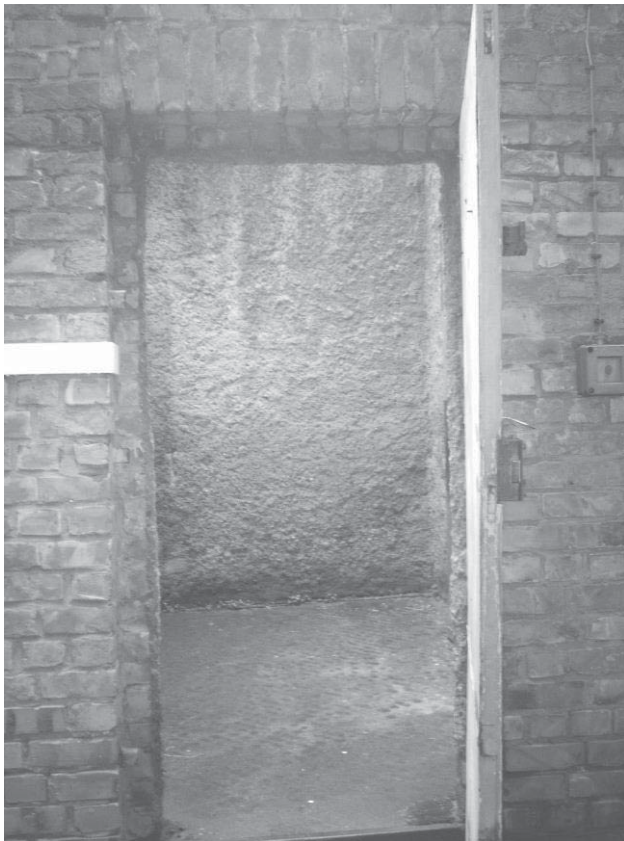
© firstminute  
Taschenbuchverlag

## Bis heute verleumdet

*Brüsewitz und die Stadt Zeitz*

☒ Zu DDR-Zeit wurde Oskar Brüsewitz der Staatssicherheit diskriminiert, verfolgt und verleumdet. Die Verleumdungen werden bis heute in der Zeitzer Region mündlich weitergetragen und führen noch immer zu unerfreulichen, unangemessenen Diskussionen. Diese unerfreuliche Situation ist einer der Gründe dafür, weshalb Brüsewitz nicht auf der Internetseite für die Touristen der Stadt Zeitz aufgeführt ist, weshalb nach Brüsewitz keine Straße benannt ist und es in der Stadtinformation keine oder nur spärliche Informationen über ihn und seine Bedeutung für die Stadt Zeitz gibt. Man kann das einen späten Sieg der Stasi nennen.

*Dr. Oskar Schmidt (gekürzt)*



lich eine undurchdringliche Miene aufgesetzt und blickte stumpf auf die Häftlinge in ihren blauen Trainingsanzügen hinab, die wortlos in den Käfigen verharrten und die sich gegenseitig nicht sehen konnten. Nummer 17 versuchte tief zu atmen, er schaute auf den nassen Betonboden und ging ein paar Schritte, wobei er darauf achtete, nicht in die Pfützen zu treten. Er trug nur die karierten Filzhausschuhe an den Füßen, die, sobald sie nass geworden waren, nur langsam trockneten. Dann blieb Num-

## Sich im Bündnis mit der Nato gegen Putin und Co. selbst verteidigen können: ja oder ja?

*Über die Stationierung von modernen Langstreckenatomraketen und anderen strategischen Waffensystemen in Deutschland*

Es ist mehr als vierzig Jahre her, als sich (nicht ein Riss, sondern) eine Menschenkette durch das westliche Deutschland zog. Bunt gekleidete, friedliebende, singende Menschen, die ihre Kinder dabei hatten und sich bei den Händen gefasst hielten und den Reden von verblendeten Promis zuhörten. Das waren die damaligen Wessis. Es hieß: „Atomkraft, nein danke!“ Gemeint waren die Kernkraftwerke, aber noch mehr die Langstreckenwaffen der USA. Der Nachrüstungsbeschluss, die Stationierung von Langstreckenraketen mit Atomsprenghkraft auf deutschem Boden, das sollte verhindert werden. Allerdings: Dies galt nur für den westlichen Teil Deutschlands, für die Bundesrepublik. Was die Sowjets in keineswegs großer Entfernung inszeniert hatten, interessierte bestenfalls die Mitglieder der Friedensbewegung in der DDR, die sich mit ihren Emblemen „Schwerter zu Pflugscharen“ vornehmlich gegen die Waffen des Warschauer Paktes wandten und damit quasi die Bereitschaft signalisierten, sich freiwillig von der Stasi einsperren zu lassen. Man erinnere sich an die SS-20-Mittelstreckenraketen, die schon vor Beginn der Salt-Verhandlungen auf das Zentrum Europas gerichtet waren.

Nein, in der Bundesrepublik war man vielfach der Meinung: „Die Sowjets werden uns schon nichts tun. Sie werden uns nicht überfallen oder uns gar auslöschen, denen ist es egal, dass wir in Freiheit, Frieden und Wohlstand leben.“ Da offenbarten gar ehemalige Kriegsteilnehmer wie der Schriftsteller Heinrich Böll ihre komplette Naivität. Und die dänische Sängerin Gitte hatte sich sowieso nicht lange bitten lassen. „Hier bin ich“, rief sie den Massen zu. Ja, wichtig war für sie, dass man sie sah und hörte, da musste sie nicht fragen, warum Kanzler Schmidt trotz der Softy-Stimmung im Land, die von Kirchenvertretern, Liedermachern und Intellektuellen geprägt war, am Doppelbeschluss festhielt. Schmidt stellte bereits 1979 fest: *Jede Wo-*

*che kommt eine neue SS-Rakete mit drei Sprengköpfen dazu. Das sind 50 im Jahr. Weit mehr als 100 nukleare Sprengköpfe insgesamt.*

Selbst innerhalb der Parteien gab es zur Entscheidung, in Deutschland interkontinentale Atomwaffen zu stationieren, heftigen Streit. Schmidt war bekannt für seine politische Konsequenz, er hatte bereits 1980 die Teilnahme der bundesdeutschen Sportler an den Spielen in Moskau untersagt.

Nun sollen ab 2026 wieder Raketen kommen. Die Nato will den Standort Wiesbaden weiter ausbauen, Deutschland soll aufgerüstet werden, man will sich – gemeinsam mit den Nato-Partnern – schützen. Diesmal sind die Deutschen selbst an der Stationierung interessiert. Man weiß: Putin, der Abkömmling der Sowjet-Macht, steht nicht direkt vor unserer Tür, aber er ist nur wenige Meter davon entfernt. Wenn er eine Langstreckenrakete auf Berlin oder Wiesbaden abfeuert, ist er sogar in unserem Haus. Mag sein, dass wir uns an den Krieg in der Ukraine gewöhnt haben, so wissen wir doch um Putins Unberechenbarkeit. Er hat seine Atomraketen längst auf Berlin gerichtet hat. Man sollte also nicht ausschließen, dass er sie abfeuern wird. Er wird demnach am ehesten vor einem Angriff zurückschrecken, wenn auch in Deutschland Raketen stehen. Egal, dass bei uns verschiedene Putinfreundliche Politikerinnen meinen, wir machen uns gerade wegen der Stationierung der Atomwaffen zur Zielscheibe. Ganz und gar nicht ist das so. Im Übrigen wird Putin auf diese Leute keine Rücksicht nehmen. Sein Hass auf die Deutschen, den ganzen Westen, kennt keine Ausnahmen. Er wird nicht fragen, ob sich hier jemand für oder gegen Atomwaffen ausgesprochen, ob sich jemand als Putin-Versteher oder Putin-Sympathisant geoutet hatte, er wird seine Feinde genauso vernichten wie diejenigen, die versucht hatten, sich ihm durch Unterwürfigkeit anzudienen.

*Igor Gerd Lesnikow*

## Würzburg, Potsdam

*Rückmeldungen an den Redakteur der Freiheitsglocke*

☒ Heute vor einer Woche sind wir von unserem Urlaub im Erzgebirge zurückgekommen; ich fand ich in meinem Postfach die neue Ausgabe der Freiheitsglocke. Ich bin dir sehr dankbar, dass du so ausführlich auf Buch, Film und Theaterstück „Das schweigende Klassenzimmer“ aufmerksam gemacht hast. Der Autor des Buches Dietrich Garstka stammt aus Storkow/ Mark (Bundesland Brandenburg), er hat nach dem Mauerfall seine alte Heimatstadt besucht und bei einem seiner Lehrer übernachtet, der ihn nicht erkannt hat. Ich habe sein Buch vor 25 Jahren gelesen und hoffe, dass seine Witwe noch lebt.

Wir sind übrigens vor der Fahrt nach Eibenstock / Erzgebirge in Berlin-Kladow gewesen und haben uns am 8. Juni die Stadt Potsdam angesehen. Wir sind dabei auch durch die Lindenstraße gegangen und am „Lindenhotel“, das direkt im Zentrum liegt und wo du gesessen hast (es waren elf Monate – d. Red.), vorbeigekommen. Seit 2007 erinnert der Gebäudekomplex als Gedenkstätte an die SED-Verbrechen.

Wenige Minuten später sahen wir eine Demonstration von zehn jungen LINKEN zur Europawahl. Ein gespenstischer Anblick! Die LINKE ist ja mit 2,7 Prozent keine Partei mehr, sondern eine politische Sekte. Niemand erwartet mehr etwas von dieser Partei, die immer nur vom „Klassenkampf“ spricht. Aber trotz ihres Verschwindens werden die Vertreter immer noch zu Talkshows ins Fernsehen eingeladen. Im nächsten BUNDESTAG 2025 werden sie hoffentlich nicht mehr sitzen, denn dann müssten sie wieder drei Direktmandate erringen!

*Jörg Bernhard Bilke*

**Anm.:** Der Redakteur dankt sehr für die freundliche Rückmeldung. Von dem hier genannten Buch „Das Lindenhotel oder sechs Jahre Z. für ein unveröffentlichtes Manuskript“ sind noch Restexemplare (10 Euro plus Porto) vorhanden.

## Gedenkstätte Buchenwald bittet um Ihre/deine Unterstützung!

*Neue Ausstellung in Vorbereitung: Gesucht werden Fotos und sonstige Zeitdokumente*

Die Kustodie 2 der Gedenkstätte Buchenwald – Geschichte des sowjetischen Speziallagers Nr. 2 (1945 bis 1950) bereitet eine neue Dauerausstellung vor. Sie soll im Herbst 2026 eröffnet werden. Gesucht werden bisher unbekannte Quellen zur Geschichte des sowjetischen Lagers und der dort internierten Menschen, damit die Dauerausstellung erweitert und neu gestaltet werden kann. Gemeint sind Zeitzeugenberichte, Foto- und Filmmaterial, Gegenstände aus dem Lager, Erinnerungsstücke und Berichte.

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen an:

Stiftung Gedenkstätten Buchenwald  
und Mittelbau-Dora

kustodie2@buchenwald.de

Fon: +49 (0)3643 430 130

Vladislav Drilenko, Wissenschaftl. Volontär



**Foto:** Ehemalige Gefangene verlassen das Speziallager Nr. 2, 19. Januar 1950, Zeit im Bild.

**Bitte beachten:** Ehemalige Häftlinge des Speziallagers Buchenwald sind überwiegend Personen, die in den Jahren 1928 bis 1930 geboren wurden. Leider sind viele von ihnen verstorben, und die, die noch leben, befinden sich teils in Pflegeheimen. Sie sind nicht mehr reisefähig bzw. ist ihre Konstitution nicht mehr so, dass sie sich an Interviews beteiligen können.

Bundesvorstand, Redakteur

## Was sind uns die DDR-Opfer wert?

*Die Denkmal-Einweihung in Neubrandenburg*

Die Aufarbeitung des SED-Unrechts und des DDR-Unrechtsstaates geht mit dem Bekenntnis zur Freiheit und zur Demokratie, zum Rechtsstaat und zu den Menschenrechten einher. Daher muss man sich fragen, welche Strukturen in Neubrandenburg die Aufarbeitung verhindern wollten oder welche „Sekte“ ist da am Werk? Wie kann es sonst sein, dass sich Personen gegen eine Erinnerung stellen bzw. sich der Stimme enthalten?

Die Gedenktafel soll am 7. Oktober 2024 um 14:00 Uhr an der Graffiti-Mauer in der Neustrelitzer Straße 120 in 17033 Neubrandenburg erfolgen. (Veranstaltungshinweis letzte Seite dieser Ausgabe – d. Red.). Dies ist ein Ereignis, das nicht nur auf geschehenes Unrecht im großen Maßstab hinweist, sondern auch den damit verbundenen Opfern eine entsprechende Erinnerung gewährt.

P. Lohmann

## Vergesst uns nicht

*Vergesst uns nicht,  
wenn wir auch nimmer wiederkehren  
wenn, wo wir starben, einst  
kein Holzkreuz steht  
und wenn von all dem Leid,  
das wir getragen,  
kein Laut noch und kein Stöhnen aus  
den kühlen Gruben weht*

*Vergesst uns nicht,  
wenn auch die Tage wandern  
und die Jahre,  
wenn Blumen blühen, wo der  
Tod gesät,  
und wenn dereinst auf unserm  
Feld der Tränen,  
der Schnitter dankbar wieder  
reife Halme mäht.*

*Auch dann vergesst uns nicht*

Siegfried Ihle, Torgau 1958

*Veröffentlicht im Jahr 2000 in der Festschrift  
der VOS zu deren 50-jährigem Bestehen*

## Wir trauern um

Uwe Schmucker

Wilfried Seifert

Peter Schulz

Bernhard Spretka

Heinz Hans Hoffmann

Barbara Hentschel

Gottfried Tag

Bezirksgruppe Rostock

Bezirksgruppe Plauen

Bezirksgruppe Rostock

Bezirksgruppe Stuttgart

Bezirksgruppe Erfurt

Bezirksgruppe Chemnitz

Reichenbach -Vogtland

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes  
Gedenken bewahren**

## Veranstaltungshinweis Neubrandenburg

Am 7. Oktober 2024  
wird um 14:00 Uhr in  
17033 Neubrandenburg  
Neustrelitzer Straße 120  
(an der Graffiti-Mauer) eine  
Gedenktafel der Vereinigung  
der Opfer des Stalinismus e.V.  
eingeweiht.

Alle interessierten  
Bürgerinnen und Bürger sind  
dazu recht herzlich eingeladen.

André Rohloff  
Stellvertretender VOS  
Landesvorsitzender  
Mecklenburg-Vorpommern

### Lern- und Gedenkort Kaßberg

*Tag des offenen Denkmals*  
**Bitte unbedingt  
Vormerken**

Am Sonntag, 8. September 2024  
findet bundesweit der Tag des  
offenen Denkmals statt.  
Der Gedenkort Chemnitz  
beteiligt sich erfreulicherweise  
an dieser Initiative.

Es finden  
zwei öffentliche Führungen  
sowie eine  
Architektenführung  
statt, die jeweils um  
11 und 14 Uhr beginnen.

Öffentliche Führung  
25. September 2024 - 15:00

**Internet: <https://gedenkort-kassberg.de/>**  
Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis  
Kaßbergstraße 16 c Chemnitz

**mit drei hochkarätigen Lesungen**  
im Monat Oktober / November  
zum Thema:

**Sehnsucht nach Freiheit**

#### Öffnungszeiten

Mittwoch bis Sonntag  
jeweils 10 bis 17 Uhr  
Eintritt: 6, ermäßigt 4 Euro

#### Bitte beachten:

Der frühere Hafttrakt B  
und die Dauerausstellung bleiben bis  
zum 20. August 2024 geschlossen.  
Vereinbarte Termine behalten  
ihre Gültigkeit.

### VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin

PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

#### Bundesgeschäftsstelle der VOS

Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin-Wilmersdorf

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: [vos-berlin@vos-ev.de](mailto:vos-berlin@vos-ev.de)

Postbankkonto Köln

IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01

BIC: PBNK DEFF

#### Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82

Mail: [lv-berlin@vos-ev.de](mailto:lv-berlin@vos-ev.de)

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,  
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Chefredakteur: A. Richter-Kariger ([www.first.minute-buecher.de](http://www.first.minute-buecher.de)),

eMail: [redaktion@vos-ev.de](mailto:redaktion@vos-ev.de),

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und  
Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**,  
sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail:

[neymanns@satzherstellung.com](mailto:neymanns@satzherstellung.com). Internet: [www.satzherstellung.com](http://www.satzherstellung.com)

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

#### Jahresbeiträge:

|                                     |         |
|-------------------------------------|---------|
| – einheitlich für alle Mitglieder   | 45,00 € |
| – Ehepartner (ohne Freiheitsglocke) | 15,00 € |
| – Aufnahmegebühr Mitglieder         | 2,60 €  |
| – Abonnement der Freiheitsglocke    | 24,00 € |

### Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!

Internetseiten der VOS [www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de)

Fg-Nummer 863/864 erscheint Sept. / Oktober 2024

Redaktionsschluss der FG 861/862 am 25. Juli 2024